

# VOLKSWACHT.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Postzeitungsliste  
Nr. 5540.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen Teil: Fritz Kunert, Breslau, Wilhelms-Ufer 1.

Postzeitungsliste  
Nr. 5540.

Die „Schlesische Volkswacht“ ist durch unsere Expedition, Weißkerbergasse 64, durch die Post, durch Colporteurs zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf.

Donnerstag, 26. Februar 1891.

Die „Schles. Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal.  
Der Inseratenpreis  
für die 5 gespaltene Petitzeile beträgt 20 Pf.

## Drei sozialistische Programme.

Nach dem Gothaer Programm vom 1875 veröffentlichten wir nunmehr:

1. Das Statut des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.  
(Leipzig, Mai 1863.)

§ 1.

Unter dem Namen

„Allgemeiner deutscher Arbeiterverein“ begründen die Unterzeichneten für die deutschen Bundesstaaten einen Verein, welcher, von der Ueberzeugung ausgehend, daß nur durch das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht eine genügende Vertretung der sozialen Interessen des deutschen Arbeiterstandes und eine wahrhafte Beseitigung der Klassengegensätze in der Gesellschaft herbeigeführt werden kann, den Zweck verfolgt,

auf friedlichem und legalem Wege, insbesondere durch das Gewinnen der öffentlichen Ueberzeugung, für die Herstellung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts zu wirken.

2. Die Statuten der Internationalen Arbeiter-Assoziation.  
(London, September 1864.)

In Erwägung:

daß die Emanzipation der arbeitenden Klassen durch die arbeitenden Klassen selbst erobert werden muß, daß der Kampf für die Emanzipation der arbeitenden Klassen nicht einen Kampf für Klassenprivilegien und Monopole, sondern für gleiche Rechte und Pflichten und für die Abschaffung aller Klassenherrschaft bedeutet;

daß die ökonomische Abhängigkeit des Mannes der Arbeit vom Monopolisten der Werkzeuge der Arbeit, der Quellen des Lebens, die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form, des sozialen Elends, der geistigen Herabwürdigung und politischen Abhängigkeit bildet;

daß deshalb die ökonomische Emanzipation der arbeitenden Klassen das große Ziel ist, welchem jede politische Bewegung als bloßes Hilfsmittel sich unterordnen sollte;

daß alle auf dies große Ziel gerichteten Anstrengungen bisher an dem Mangel der Solidarität zwischen den vielfachen Zweigen der Arbeit jedes Landes und an dem Nichtvorhandensein eines brüderlichen Bandes der Einheit zwischen den arbeitenden Klassen der verschiedenen Länder gescheitert sind;

daß die Emanzipation der Arbeit weder ein lokales, noch ein nationales, sondern ein soziales Problem ist, welches alle Länder umfaßt, in denen moderne Gesellschaft existiert, und dessen Lösung von der praktischen und theoretischen Mitwirkung der vorgeschrittensten Länder abhängt;

daß das gegenwärtige Wiederaufleben der arbeitenden Klassen in den gewerbtätigsten Ländern Europas, während es neue Hoffnungen rege macht, eine feierliche Warnung vor einem Rückfalle in alte Irrtümer enthält und ein unmittelbares Bündnis der noch getrennten Bewegungen erfordert, aus diesen Gründen erklärt der erste internationale Arbeiterkongress, daß die internationale Arbeiter-Assoziation und alle ihr angehörigen Gesellschaften und Individuen Wahrheit, Recht und Ehre als die Grund-

lage ihres Betragens unter einander und gegen alle ihre Mitmenschen, ohne Rücksicht auf Farbe, Bekenntnis oder Nationalität anerkennen. Der Kongress betrachtet es als Pflicht des Mannes, die Rechte eines Mannes und Bürgers nicht bloß für sich selbst, sondern für Jedermann, der seine Pflicht tut, zu fordern. Keine Rechte ohne Pflichten, keine Pflichten ohne Rechte.

3. Das Eisenacher Programm.

(Eisenach, August 1869.)

I. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei erstrebt die Errichtung des freien Volksstaates.

II. Jedes Mitglied der sozialdemokratischen Arbeiterpartei verpflichtet sich, mit ganzer Kraft einzutreten für folgende Grundsätze:

1. Die heutigen politischen und sozialen Zustände sind im höchsten Grade ungerecht und daher mit der größten Energie zu bekämpfen.

2. Der Kampf für die Befreiung der arbeitenden Klassen ist nicht ein Kampf für Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für gleiche Rechte und gleiche Pflichten und für die Abschaffung aller Klassenherrschaft.

3. Die ökonomische Abhängigkeit des Arbeiters von dem Kapitalisten bildet die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form, und es erstrebt deshalb die sozialdemokratische Partei unter Abschaffung der jetzigen Produktionsweise (Lohnsystem) durch genossenschaftliche Arbeit den vollen Arbeitsertrag für jeden Arbeiter.

4. Die politische Freiheit ist die unentbehrlichste Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen. Die soziale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im demokratischen Staat.

5. In Erwägung, daß die politische und ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse nur möglich ist, wenn diese gemeinsam und einheitlich den Kampf führt, giebt sich die sozialdemokratische Arbeiterpartei eine einheitliche Organisation, welche es aber auch jedem Einzelnen ermöglicht, seinen Einfluß für das Wohl der Gesamtheit geltend zu machen.

6. In Erwägung, daß die Befreiung der Arbeit weder eine lokale noch nationale, sondern eine soziale Aufgabe ist, welche alle Länder, in denen es moderne Gesellschaft giebt, umfaßt, betrachtet sich die sozialdemokratische Arbeiterpartei, soweit es die Vereinsgesetze gestatten, als Zweig der internationalen Arbeiterassoziation, sich deren Bestrebungen anschließend.

III. Als die nächsten Forderungen in der Agitation der sozialdemokratischen Arbeiterpartei sind geltend zu machen:

1. Erteilung des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrechts an alle Männer vom 20. Lebensjahre an, zur Wahl für das Parlament, die Landtage der Einzelstaaten, die Provinzial- und Gemeindevertretungen, wie alle übrigen Vertretungskörper. Den gewählten Vertretern sind genügende Diäten zu gewähren.

2. Einführung der direkten Gesetzgebung (d. h. Vorschlags- und Verwerfungsrecht) durch das Volk.

3. Aufhebung aller Vorrechte des Standes, des Vermögens, der Geburt und Konfession.

4. Errichtung der Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.

5. Trennung der Kirche vom Staat und Trennung der Schule von der Kirche.

6. Obligatorischer Unterricht in Volksschulen und unentgeltlicher Unterricht in allen öffentlichen Bildungsanstalten.

7. Unabhängigkeit der Gerichte, Einführung der Geschworenen- und Fachgerichtsbefugnisse, Einführung des öffentlichen und mündlichen Gerichtsverfahrens und unentgeltliche Rechtspflege.

8. Abschaffung aller Press-, Vereins- und Koalitions-gesetze; Einführung des Normalarbeitstages; Einschränkung der Frauen- und Verbot der Kinderarbeit.

9. Abschaffung aller direkten Steuern und Einführung einer einzigen direkten progressiven Einkommensteuer und Erbschaftsteuer.

10. Staatliche Förderung des Genossenschaftswesens und Staatskredit für freie Produktivgenossenschaften unter demokratischen Garantien.

Die Veröffentlichung der Karl Marx'schen Kritik zum Gothaer Programm veranlaßte, dies sei hier noch angemerkt, die sozialdemokratische Fraktion zu einer Erklärung über den Marx'schen Programmbrief.

Mit Bezugnahme auf diese Fraktions-Rundgebung schreibt nun die „Neue Zeit“:

Eben im Begriff, vorliegenden Bogen in die Maschine zu senden, erhalten wir einen Artikel des Zentralorgans, in dem es Stellung zu dem Marx'schen Briefe nimmt. Wir fügen ihn hier noch an, nach dem alten Grundsatze „audiatur et altera pars“ — man höre auch die Gegenpartei — und als historisches Dokument und Beitrag zur Parteigeschichte.

Die eine Stelle, in welcher sich die erwähnte Erklärung auf die genannte Zeitschrift bezieht, lautet:

„Als Antwort auf gewisse Unterstellungen erklären wir noch, daß die Veröffentlichung des Marx'schen Briefes ohne Vorwissen der Fraktion und der Parteileitung, welche die Veröffentlichung in der vorliegenden Form nicht gebilligt hätte, durch die Redaktion der „Neuen Zeit“ erfolgt ist.“

Hierzu bemerkt die „Neue Zeit“:

„Welcher Art diese Unterstellungen sind, wissen wir nicht. Tatsache ist, daß wir uns allerdings nicht verpflichtet gefühlt haben, den Marx'schen Brief der Parteileitung oder der Fraktion zur Begutachtung vorzulegen, und daß dieselben erst nach dem Erscheinen von Heft 18 Kenntnis erhielten, daß wir aber auch aus unsrer Absicht, ihn zu veröffentlichen, kein Hehl gemacht haben. Die Verantwortung für die Veröffentlichung tragen bloß wir.“

Wir fügen dem nur noch hinzu, daß der Inhalt der Marx'schen Kritik für den Aufbau des neuen Programms hochwillkommen ist. Gegen die Form dieser Kritik jedoch mußte Verwahrung eingelegt werden. Das nun ist ausreichend geschehen. — So muß auch dieser Zwischenfall zur Klärung und Festigung unserer Bestrebungen in nicht zu unterschätzender Weise beitragen. — — —

### Deutschland.

Einen etwas grausamen Scherz macht sich der Pariser „Temp“ mit Eugen Richter, indem er dem Kaiser das Wort in den Mund legt: „Es ist ein Mann von sehr großer Tüchtigkeit, es ist nicht unmöglich, daß ich mich eines Tages an ihn wende“. Man soll für Richters Verstand fürchten, der durch diese Zeitungsnotiz fast noch mehr altert sein soll, wie durch die sozialdemokratischen Beleuchtungen seiner sozialpolitischen Unwissenheit. Das Telegramm des „Temp“ wußte auch noch zu berichten, daß die Beziehungen des Kanzlers Caprivi zu Richter die herzlichsten seien. Die Münchener „Allgemeine Zeitung“ hält für nötig dazu zu bemerken:

„Man würde dem Berliner Korrespondenten des „Temp“ wol unrecht tun, wenn man ihm den diabolischen Plan zutraute, die bermalige politische Begriffsverwirrung in Deutschland noch zu vergrößern. Noch weniger wird man von ihm annehmen dürfen, daß er die Freisinnigen habe lächerlich machen wollen. Er muß also in den Kreisen, in denen er seine Informationen schöpft, wol etwas Berächtigtes gehört haben. In den hiesigen parlamentarischen Kreisen wurde die Nachricht des französischen Blattes heute vielfach besprochen, und das merkwürdigste ist, daß sie keineswegs überall für unglaublich gehalten wurde. Im Dezember noch bezeichnete der Reichskanzler Herrn Richter, wenigstens im militärischen Sinne, kurzweg als „den Feind“, und zur selben Zeit stigmatisierte ihn Herr Miquel sehr unzweideutig als einen von den Männern, welche ein Unglück für das Land sind. Um so auffälliger ist es, daß Darstellungen, wie die oben gekennzeichnete, kopiert werden können — ein Beweis, wach' hohe Zeit es ist, die verwirrenden Nebel zu zerreißen.“

Der Charakter des gegenwärtigen Apothekerwesens und die Stellung der Ärzte zu demselben erfährt eine eigentümliche Beleuchtung durch folgende, von unserem hannoverschen Parteiorgan „Volkswille“ mitgeteilte Tatsache:

Der Vorstand des hiesigen Apothekervereins sandte an die Ärzte in Hannover und Linden ein Zirkular, in welchem es unter Hinweis auf die durch kaiserliche Verordnung erfolgte Freigabe des Verkehrs mit einer großen Anzahl von Arzneimitteln folgendermaßen heißt:

„Da in Folge dieser erneuten Freigabe von tatsächlichen Heil- und Arzneimitteln zu befürchten ist, daß das Publikum teils veranlaßt, teils aus eigenem Antrieb seine Arzneimittel immer mehr aus den Drogenhandlungen bezieht, so richten wir hiermit die ergebene Bitte an Sie, sowohl im Interesse Ihrer Patienten, wie auch im allgemeinen medizinischen Interesse, nach Möglichkeit dafür sorgen zu wollen, daß Ihre Patienten die ihnen Ihrerseits verordneten Arzneimittel aus den beaufsichtigten Apotheken entnehmen. Denn diese allein können volle Gewähr für die richtige Beschaffenheit der Arzneimittel darbieten, einmal in Folge der strengen gesetzlichen Anforderungen und hauptsächlich, weil die Apotheker und das Apothekenpersonal in Folge ihrer

chemischen Kenntnisse allein befähigt sind, die Arzneimittel richtig zu bereiten und deren Güte festzustellen. Wir bemerken dann noch, daß wir die Preise der dem freien Verkehr überlassenen Arzneimittel einer neuen Durchsicht unterzogen, und dieselben so billig gestellt haben, daß sie in den Drogenhandlungen bei gleicher Güte nicht billiger gekauft werden können. Es fällt somit auch dieser Grund fort, dem Publikum den Bezug solcher Mittel aus den Drogenhandlungen zu empfehlen.“

Das ist gewiß eine sehr wenig anständige, eine geradezu schofte Geschäftspraxis der Herren Apotheker. Die Ärzte sollen ihre Patienten veranlassen, nur dem Apotheker den Profit zuzuwenden. Es ist eine lächerliche Ueberhebung, ja geradezu eine Lüge, wenn behauptet wird, daß nur die staatlich beaufsichtigte Apotheke, nicht aber der Drogenhändler volle Gewähr für richtige Beschaffenheit der Arzneimittel darbreite. Man müßte, um das glauben zu können, nicht wissen, daß fast alle die dem freien Verkehr überlassenen Arzneimittel vom Apotheker ebenso wie vom Drogenhändler aus großen chemischen Fabriken fertig bezogen werden.

Geradezu skandalös ist die den Ärzten gestellte Zumutung, für den Apotheker förmlich die Profit-Schnorrer bei den Kranken zu machen. Man weiß ja, was dahinter steckt: das schändliche Unwesen, daß der Apotheker dem Arzte „Prozente“ zahlt für die auf des Letzteren Veranlassung angefertigten Arzneien. Es ist der reine Schacher, der da mit der leidenden Menschheit von der staatlich beaufsichtigten Apotheke getrieben wird. Angesichts solcher Zustände wird jeder vernünftige Mensch sich für die Verstaatlichung des Apothekerwesens entscheiden müssen.

Berlin. „Freiheit“ der Schule. Ein recht bezeichnender Konflikt hat in diesen Tagen das Lehrerkollegium einer hiesigen Gemeindeschule beschäftigt. Die Lehrerin des Handarbeitsunterrichts hatte den Schülerinnen der dritten Klasse als häusliche Aufgabe gestellt ein sogenanntes Stüchlein mit der Inschrift: „Bete und arbeite!“ anzufertigen. Als die Mädchen ihre Arbeiten der Lehrerin vorwiesen, bemerkte sie, daß eine der Schülerinnen den Satz in „Denke und arbeite!“ umgemobelt. Befragt, wie sie zu solcher Eigenmächtigkeit gekommen, erklärte das Mädchen, ihr Vater habe es so haben wollen. Die Lehrerin, von dem Standpunkt geleitet, daß sie und nicht der Vater die Aufgaben zu stellen habe, befahl dem Kinde, am nächsten Tage den Satz so zu bearbeiten, wie sie es gewünscht. Am nächsten Tage aber lautete der Spruch genau ebenso, und die Schülerin erklärte unter Schlußworten, daß ihr Vater sie mit Schlägen bedroht, wenn sie an Stelle des „denke“ — „bete“ setzen würde. Darauf stellte die Lehrerin dem Rektor die Sache vor, der im Interesse der Schuldisziplin in gleichem Sinne wie die Lehrerin entschied. Aber das „Denke“ sollte trotzalldem triumphieren. Die Mutter der Schülerin erschien beim Rektor und bat ihn flehenlichst, um des Kindes willen, es bei dem umgeformten Sinnspruch zu belassen. Die Kleine müßte dem Vater das Tuch vor ihrem Schulganze stets vorweisen, und es würde einen heftigen Auftritt geben, wenn das Kind den Satz in den von

der Schule geforderten Wortlaut abänderte. So behielt die väterliche Autorität zwar den Sieg, doch wurde dem Herrn bedeutet, daß er zu Ostern seine Tochter einer anderen Schule anvertrauen möge.

Hamburg. Nach einer den „Nachrichten“ aus Harburg zugehenden Meldung hat ein Wahlkomitee dem fürsten Bismarck telegraphisch ein parlamentarisches Mandat (im 19. hannoverschen Kreise) angetragen. Bismarck lehnte ab, weil persönliche und häusliche Verhältnisse ihm zur Zeit den Aufenthalt in Berlin, wo er sich nach Uebernahme eines Mandats für verpflichtet halten würde, nicht gestatten. — (Hinter der Plank ist sicherer.)

„Militärische Ethik“ — so lautet das neueste Schlagwort, welches die Verherrlicher des Militarismus erfunden haben. Wir finden es als Ueberschrift eines Artikels im „Militärischen Wochenblatt.“ Da wird ein dem humanitären Denken Hohn sprechendes Loblied angestimmt auf die im Kriege wirksamen „moralischen“ Kräfte, wie Mut, Tapferkeit, Todesverachtung u. Zwecks Entwicklung des „militärischen Heroismus“, der „lebendigen militärischen Ethik“, wird das Studium der Kriegsgeschichte, — selbstverständlich der tendenziös zur Verherrlichung des Militarismus geschriebenen — empfohlen. Als oberster Grundsatz der „militärischen Ethik“ soll gelten:

„Im Kriege siegt derjenige, der siegen will.“ In der Begründung dieses Satzes an der Hand von sogenannten „Beispielen“ wird gesagt, daß derselbe „in den Kämpfen der Zukunft noch viel mehr zur Geltung gelangen wird als bisher, denn der Kampf vollzieht sich nicht mehr wie früher in einem kurzen Zusammenstoß der kämpfenden, sondern in einem stunden-, vielleicht tagelangen Ringen um jeden Fuß breit Bodens. In diesem Ringen fließt das Blut bald strom-, bald tropfenweise, aber die Nerven werden rückweise abgebrockelt, und derjenige, in welchem der Wille zu siegen am lebendigsten ist, und der ihn unter den nervenschütternden Einflüssen der modernen Schlacht am längsten zu erhalten vermag, wird siegen. Auch das Siegenmüssen wird in den zukünftigen Schlachten mehr wie bisher zur Geltung kommen, denn wie das Exerzier-Reglement andeutet, ist Rückzug aus entbrannter Schlacht gleich der Vernichtung.“

Zu solch einer Verherrlichung der blutigen Kriegsarbeit unter sogenannten „ethischen“ Gesichtspunkten versteigt sich ein militärisches Organ in einer Zeit, welche als die der Humanität und Kultur gepriesen wird. Die Völker fordern den Frieden, sie lernen mehr und mehr den schrecklichen Wahnsinn des Krieges verabscheuen und seine Greuel verurteilen. Aber das von höheren Militärpersonen bediente „Militärische Wochenblatt“ fordert Widerstand gegen die „nervenschütternden Einflüsse der modernen Schlacht.“ Ausbildung der Fähigkeit „ethischen“ Blutobergleichens. Solch eine „Ethik“ ist in Wahrheit Barbarei, oder ein Mittel zur Vertäubung des Gewissens, zur Pflege jenes furchtbaren Fanatismus, der, indem er Blut vergießt, das Blut schuldloser Mitmenschen, seinem eingebildeten „Goldentum“ schmeichelt. Das fehlt noch, den Krieg in ein System der „Ethik“ zu bringen! Zum Glück wird

### Herr und Magd.

Ein soziales Bild aus dem ländlichen Arbeiterleben.

Daß es an der Zeit ist, endlich auch die ländlichen Arbeiter und Diensthöten nicht nur über ihren eigenen Wert und den Wert ihrer Arbeit aufzuklären, sondern ihnen auch die Mittel und Wege zu zeigen, wie sie ihre nicht beneidenswerte Lage verbessern können, bewies eine am vergangenen Samstag vor dem Landgericht München II stattgehabte Verhandlung, in welcher die Hauptpersonen ein behäbiger Bauer und ansässiger Gemeindegänger einerseits und eine arme Dienstmagd andererseits bildeten.

Es ist allbekannt, daß die ländlichen Arbeiter und Diensthöten von den Dienstgebern im Allgemeinen mit einer gewissen Härte behandelt werden; die lieblose und brutale Behandlung aber, welche die 18 Jahre alte, geistig nicht sehr aufgeweckte Dienstmagd Terese Paul von ihrem Dienstherrn, dem Bauern Anton Pein in Weßling zu erdulden hatte, übersteigt die Grenze weit.

Therese Paul trat zu Lichtmäch vorigen Jahres bei Pein in den Dienst gegen einen wöchentlichen Lohn von 50 Pfg. (!), und dabei hatte sie ihre Schlafstätte neben dem Schweineflaß auf einem geradezu menschenunwürdigen Lager, wie ein Zeuge konstatierte.

Da dem Mädchen der Lohn zu gering war für ihre jedenfalls nicht leichte Arbeit, verlangte sie eine Erhöhung ihres Wochenlohnes um 1 Mark und äußerte, daß sie sich einen Platz anderswo suche, wenn ihrem gewöhnlich nicht unbilligen Verlangen nicht nachgegeben werde, was auch wirklich der Fall war.

Am 26. Juli nun machte sie Schritte, sich anderweitig zu verbinden, und als dies der Abends von einer Kirchweih in Unering heimkehrende Pein erfuhr, packte er die Paul, warf sie mit aller Wucht auf den steinernen Boden der Haustür, riß sie dann wieder empor und schleuderte sie in die Küche an den steinernen Brunnensrand, so daß sie heftige Schmerzen verspürte und es ein Wunder war, daß sie sich keine lebensgefährlichen Verletzungen zuzog.

Als auf diese brutale Behandlung hin das Mädchen ihrem Peiniger erwiderte, daß sie ihn wegen Mißhandels anzeigen werde, mißhandelte er sie noch weiter durch Schläge in's Gesicht, worauf sich die Mißhandelte zum Bürgermeister flüchtete, den Vorfall angab und zugleich anzeigte, daß Pein Ende Mai v. J., als er mit ihr im Walde mit Holzhausen beschäftigt war, eine Keßlig mit dem Beil erschlagen, nach Hause gebracht und verzehrt habe.

Pein hatte sich nun kürzlich wegen erschwerter Körperverletzung und wegen Jagdvergehens zu verantworten, leugnete aber selbstverständlich alles ab, indem er die Paul als eine boshafte Lügnerin hinzustellen suchte.

Trotzdem war Pein noch am 26. Juli, gleich nach dem Vorfall, Abends zu Fuß von Weßling nach München zu dem Vater der Paul gegangen und Morgens 8 Uhr bei demselben angekommen und bestimmte denselben, gegen Entschädigung der Reise und des Verweiltens mit ihm nach Weßling zu fahren, da mit er als Vater seinen Einfluß auf die Tochter geltend mache und die Sache vermittele. Allein diese hatte beim Bürgermeister bereits Anzeige gemacht.

Gestern war auch der Bürgermeister Spiegel von Weßling nicht mehr gut auf die Paul zu sprechen, denn er deponierte in einer Weise gegen dieselbe, daß sich der Herr Vorsitzende veranlaßt sah, ihn auf seinen geleisteten Eid zu erinnern und zu äußern, es habe den Anschein, als wolle Bürgermeister Spiegel seinem Gemeindegänger Pein hinausshelfen.

Spiegel äußerte sich auch, die Arbeitsleistung der Pein sei das Essen nicht wert, ein Beweis, wie hoch die Herren Bauern die Arbeitsleistung ihrer Diensthöten zu tagiren belieben.

In welchem Zustand die Paul während ihrer Dienstzeit bei Pein sich befand, bezeugte der Pfarrer von Weßling, der diese eines Tages am Friedhofe dafselbst antraf und sich ängstigte, da sie ein ganz verwahrlohtes, zigeunerähnliches Aussehen hatte.

Mit Recht geißelte der Herr Staatsanwalt mit scharfen Worten nicht nur die Handlungsweise des Pein, sondern auch das Auftreten des Bürgermeisters Spiegel und beantragt gegen Pein eine angemessene Gefängnisstrafe.

Das Urteil fiel jedoch sehr gelinde aus, denn es lautete für das Jagdvergehen auf 30 Mark, für die Körperverletzung an der Paul auf 50 Mark Geldstrafe event. eine Gesamtgefängnisstrafe von 16 Tagen.

In der Urteilsbegründung ist ausgeführt, daß Pein in großer Aufregung und im Zorn gehandelt habe, weil die Paul aus dem Dienste gehen wollte, gerade als er sie bei der Erntezeit notwendig brauchte, und seien deshalb mildernde Umstände zu gewahren.

Auch das Jagdvergehen sei erwiesen, denn die eidliche Aussage der Paul sei glaubwürdig, umso mehr,

diese Leistung militärischen Genies bei den Volkemassen kein Anhänger finden.

Wie es in der Provinz Posen bei den Reichstagswahlen zugeht, hat eine Gerichtsverhandlung in Wollstein wieder einmal klargestellt. Angeklagt waren 4 Ortschulzen und ein Eigentümer. Bei der Reichstagswahl für Meseritz-Bomst hatten die Angeklagten, wie die Beweisaufnahme feststellte, als Wahlvorsteher Stimmentzettel, welche ihnen verdächtig erschienen, auf den freisinnigen Kandidaten Richter zu lauten, geöffnet. In mehreren Fällen erklärte auch der Wahlvorstand den Wählern, daß sich „dieser Herr Richter“ in der dortigen Gegend nicht persönlich vorgestellt habe und eine fremde Person nicht gewählt werden dürfe, ja vor der Wahl soll sogar erklärt worden sein, daß nur der Landrat Freiherr von Unruhe-Bomst gewählt werden dürfe. Der Eigentümer Friedr. Mader, welcher gegen dieses Gebot protestierte, wurde einfach mit Hinauswerfen und Bestrafung bedroht. Ferner konnte jeder, wer Lust hatte, also auch Weiber und Kinder, den Stimmentzettel für ihre Männer resp. Väter abgeben, wovon ein reichlicher Gebrauch gemacht wurde. Ein unbekannter Bote aus Ruben-Kolonie hat sogar eine ganze Hand voll Zettel abgegeben, welche alle in die Urne wanderten; diese Zettel aber lauteten sämtlich auf den Namen des Landrats von Unruhe-Bomst-Wollstein. Die Angeklagten behaupteten, geglaubt zu haben, daß die Stellvertreterhaft bei der Wahl zulässig sei. Es sei immer so gewesen, daß man Stellvertreter zugelassen hätte. Der Staatsanwalt beantragte gegen 8 Angeklagte Gefängnisstrafen von 1 bis 3 Monaten. Der Gerichtshof aber sprach nach einer längeren Beratung sämtliche Angeklagten frei, weil, wie der Vorsitzende ausführte, zwar sehr grobe Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien, aber angenommen werden müsse, daß den Angeklagten das Verständnis für die Sache gefehlt habe.

Nieska. Die 250 Erdarbeiter beim hiesigen Bahnhofsambau haben die Arbeit ohne vorhergehende Abmachungen plötzlich niedergelegt, da ihr Lohn (Werklohn), der vom Unternehmer in letzter Zeit schon von zirka 2 Mark auf zirka 1,60 Mark täglich durch Verringerung des Lohnsatzes vermindert worden war, nun durch verschiedene Arbeitsanordnungen (Tiefgraben etc.) bis auf 1 Mark und weniger herabgedrückt werden sollte. Da die Arbeiter nicht organisiert sind und den örtlichen Vereinigungen nur geringe Mittel zur Verfügung stehen, tut rasche Hilfe dringend Not. Ebenso ist Zuzug strengstens zu vermeiden. Vorläufig bitten wir, alle Zuschriften etc. zu senden an die Redaktion des „Volkfreund“, Nieska a. G., Albertstraße 11 I. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck ersucht.

In Friedrichsruh wird nach dem „Hamburger Correspondenten“ ein feiner Besuch erwartet. — Herr Expremierminister Crispien. Da kann es recht erbauliche Gespräche am häuslichen Herd geben. Vielleicht werden dann die neuerdings durch die „Hamburger Nachrichten“ nach Friedrichsruh eingeladenen Interviewer Interessantes von den beiden alten Raketenkisten

als Wein dem Vater derselben selbst ein diesbezügliches Geständnis abgelegt habe. Was liegt nun wohl dem behabigen Bauern an einer Strafe von etlichen Mark, er wird ja nicht eingesperrt und das ist für ihn die Hauptsache. M. P.

### Der Schalk auf der Schulbank.

Ein Lehrer hat durch Umfrage bei zahlreichen seiner Kollegen eine Anzahl echter komischer Aussprüche aus Schülermünd gesammelt und in einem Büchlein unter dem Titel „Aus der Schule“ veröffentlicht.

Die Presse berichtet über den Inhalt desselben Folgendes:

Seine köstlichsten Blüten entfaltet der Humor auf der Schulbank dort, wo die echt jugendliche Naivität, die sonderbare Anschauungsweise des Kindes, die Selbstsamkeit seines Denkens hervorritt, wo wir durch originelle Gesichtspunkte und geradezu abenteuerliche Fragen überrascht werden.

So ereignete es sich in einer Schule, daß der Lehrer den Knaben erklärte, wie einzelne Teile des menschlichen Körpers durch steten Gebrauch besonders stark und groß werden. Ein Schüler bemerkt darauf: „Bitt' Herr Lehrer, darum haben auch die Ballettänzerinnen so große Füße.“

Ein anderer befandet in einem Aufsatz über die Schönbrunner Menagerie einen merkwürdigen Geschmack, indem er schreibt:

erzählen und das „Vermischte“ oder die „lustige Ecke“ der Presse mit schätzbarem Material versehen.

Ein Stück praktischen Sozialismus führt seit elf Jahren die oldenburgische Regierung aus. Dort wird, wie der „Frankf. Zeitung“ berichtet wird, die Aufzucht von Haidefläcken im oldenburgischen Münsterlande seitens der Regierung mit großem Erfolge betrieben. Die erzielten Kulturen bieten ein lehrreiches Bild für Freunde und Interessenten des Forstwesens, denen gern Gelegenheit zur Besichtigung gegeben wird. Der staatliche Dampfkulturbetrieb und die Aufforstung der großen oldenburgischen Haidefläcken wurden im Jahre 1879 begonnen und seitdem kräftig gefördert. Die Regierung verleiht den großen Fowler'schen Dampfpflug sowohl an Gemeinde als auch an Private. Es wurden in den elf Jahren des Betriebes reichlich 2400 Hektar Bodenfläche umgewühlt und beackert. Von dieser bedeutenden Fläche wurden bis jetzt über 2000 Hektar mit Waldbäumen aller Art, Buchen, Birken, Eichen, Ulmen, Akazien, Weiden, Pappeln, Haseln, Kiefern und anderen Nadelholzarten, teils in Reinkulturen, teils in gemischten Beständen, bepflanzt, und diese Pflanzungen zeigen durchweg das üppigste Gedeihen. Die Bearbeitung des Bodens kostet per Hektar durchschnittlich 84 Mark, die Kosten der Bepflanzung einschließlich der Pflänzlinge betragen 73 Mark pro Hektar. Somit erreichen die sämtlichen Aufforstungskosten den Betrag von 157 Mark pro Hektar. Daß diese vor der Hand nicht geringen Ausgaben ein wol angelegtes Kapital sind, erkennen auch Private; letztere besitzen von den umgewühlten 2400 Hektar reichlich 250. Da die Arbeiten ständig fortgesetzt werden, so dürfte nach Ablauf der nächsten zehn Jahre der größte Teil der oldenburgischen Haidefläcken beforstet sein.

Witten. Die Belegschaft von „Trappe“ hat die Arbeit abermals eingestellt, angeblich wegen Herabsetzung der Löhne um 50 Pfennige für 100 Scheffel Kohlen.

Halle. Die Trotha-Sennewitzer Ziegelei-Alliengeseellschaft verteilt für 1890 eine Dividende von 40 Prozent (1889: 33 1/2 Prozent). Die Arbeiter dieser Gesellschaft haben im Sommer ihre Arbeitszeit von früh 4 Uhr bis tief in den Abend hinein; im Winter dagegen haben sie nichts zu tun, dafür beziehen die Aktionäre pro 100 Mk. eingezahltes Kapital 40 Mk. Gewinn! Das hält man heut für „ganz in der Ordnung“!

Berliner Arbeiterbibliothek. Soeben erschien: II. Serie, Heft 10: Das Ostende in London. Ein soziales Nachtbild. Von Paul Fischer, Berlin. 32 Seiten: Preis 15 Pf. — Die Schrift behandelt besonders die großstädtische Hausindustrie: Schneiderei, Schuhmacherei, Weberei mit ihrer Arbeitsteilung, ihren Zwischenausbeutern und ihren Folgen. Da wir über die gleichartigen deutschen Verhältnisse keine Enquete besitzen, so dürfte die Wiedergabe der jüngsten englischen Untersuchungen von großem Interesse sein.

„Dort ist auch das schönste Tier der Welt, das Kanguruh, zu sehen.“

In einem Aufsatz über den „Nutzer großer Flüsse“ schreibt ein Schüler:

„Endlich haben große Flüsse noch den Nutzen, daß man einem ertrinkenden Menschen in einem Schiffe zu Hilfe eilen kann, was in einem Bächlein nicht möglich ist“ — ein neuartiger Gesichtspunkt, den wir dem Europäischen Binnenschiffahrtsvereine zu Zwecken der Propaganda wärmstens empfehlen.

Einer Erklärung, die der Beachtung des Historikers in hohem Grade würdig ist, begegnen wir in folgender Stelle:

„Franz war der letzte deutsche Kaiser, weil im Römer zu Frankfurt für kein Kaiserbild mehr Platz war.“

Ueber „Winterfreuden“ schreibt ein Quartaner in einem Aufsatz:

„Nur der Greis sitzt hinter dem Ofen, raucht seine Pfeife und schaut öfter um die Ecke, ob der Tod noch nicht kommt. So hat jeder Mensch sein eigenes Vergnügen.“

Eine sehr einfache Erklärung giebt ein Schüler des Pädagogiums auf die Frage des Lehrers, warum das Quecksilber in die Höhe steigt, wenn man das Thermometer in heißes Wasser steckt:

„Weil es ihm unten zu heiß wird.“

Welche Verwirrung endlich der schwierige Begriff des Celibats im Kopfe eines Buben anzurichten vermag, zeigt seine Frage:

„Kann ein Erzbischof ein Bruder sein?“

Nicht selten wird mit der größten Nonchalance das

### Ausland.

#### Oesterreich-Ungarn.

Wien, Die „Neue freie Presse“ schreibt: Der Schuhmacherstreik beendet. Wie von beteiligter Seite mitgeteilt wird, fand heute im Beisein des Gewerbes Inspektors Rulka eine vierstündige Konferenz der vereinigten Schuhwaren-Fabrikanten mit dem Lohnkomitee statt. Es wurde der ganze Lohnarif durchberaten und bei erhöhten Arbeitslöhnen eine Einigung erzielt. Dementsprechend soll Montag den 23. Februar früh in sämtlichen Fabriken der Betrieb wieder aufgenommen werden.

Wien, Szene bei einer Trauung. Der Kutscher Johann Eichinger in Hernals bei Wien kam dieser Tage in die Dittkringer Pfarrkirche, wo die Trauung seiner früheren Geliebten mit einem anderen Manne stattfand. Als das Paar vor dem Altar kniete, um die Kommunion zu empfangen, rief Eichinger dem fungirenden Priester laut zu: „Lebens der . . . lieber Spankali statt der Sockle. Sie ist eh net mehr wert, als das' s hin wird!“ Die Worte erregten großes Aufsehen und allgemeines Mergernis, und Eichinger verschwand schleunigst aus der Kirche. Die Zeremonie wurde hierauf zu Ende geführt. Eichinger wurde noch Vormittags ausgeforscht, verhaftet und wegen Verbrechens der Religionsführung dem Landesgerichte eingeliefert.

Die Petroleumquelle in St. Georgen (Steiermark), von deren Entdeckung viel Aufsehens gemacht wurde, war, wie sich nun herausstellt, durch Ausrinnen eines Petroleumsfasses eines dortigen Kaufmannes entstanden, der den Umstand zuerst verschwie, um nicht die Brunnenreinigungsarbeiten bezahlen zu müssen.

#### Frankreich.

Zehntausend Mark kostet ein Schuß mit dem neuesten auf den Artilleriewerkstätten in Havre (Frankreich) hergestellten Geschütze Garnet! Welch großer Erfolg menschlicher Zerstörungskunst! ruft der „Vorwärts“ bei Mitteilung dieser Tatsache aus. 500 Kilogramm kann man damit in wenig mehr als einer halben Minute auf eine Entfernung von Versailles nach Paris schießen. Sollen wir da nicht stolz sein im letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts zu leben! Welche Freude muß den modernen Kulturmenschen erfüllen, wenn er erfährt, daß die Uebungen mit einem solchen Geschütz im Frieden, wenn etwa 200 Schüsse damit abgefeuert würden, weit mehr kosten als die soziale Fürsorge eines mittleren Staates für die ökonomisch schlecht gestellten Klassen unserer Gesellschaft!

Die Größe der regelmäßigen Arbeitslosigkeit wird durch eine in Paris vorgenommene Erhebung illustriert. Der Pariser „Socialist“ entnimmt dieser amtlichen Enquete folgende Daten: Von 8576 Arbeitern, die Angaben gemacht haben, arbeiten nur 1630, das sind weniger als 18 pSt., während des ganzen Jahres. Die tote Saison, wo das Brot mit der Arbeit fehlt, dauert für 1340: 2, für 2221: 3, für 1813: 4, und für 1572: 5 und mehr Monate. Und trotzdem hat das französische Parlament den Achtstundentag nicht

Unmöglichste hingestellt. So muß man die Intuition jenes Gymnasten bewundern, der da schreibt:

„Gäsar war ein statilicher Mann vom Kopf bis zur Zehe, welchen Einbruch wir schon aus der vor-trefflichen Büste im Schulsaal gewinnen.“

Ein Anderer schreibt allen Ernstes:

„Jeder Knabe in Sparta wurde vor seiner Geburt ärztlich untersucht.“ —

Anderwärts begegnen wir falschen oder saloppen Saffonstruktionen, welche die ergöglichsten Resultate liefern. Schüler Ragenberger übergiebt dem Lehrer einen Aufsatz mit folgender Ueberschrift:

„Das Schwein. Eine Beschreibung des Ragenberger Josef.“

Ein Kollege dieses Vinne schreibt:

„Der Igel rollt sich so zusammen, daß man ihn nicht sieht.“

Ein Anderer wieder schreibt bei Schilderung eines Brandes:

„Zulezt fuhren die Spritzen weg mit dem Bewußtsein, eine edle Tat vollbracht zu haben.“

Eine „höhere Tochter“ hat die Handlung von Wagner's „Lohengrin“ in Prosa zu erzählen und schilderte jenen verhängnisvollen Augenblick, wo Elsa gegen das Verbot handelte:

„Nie sollst Du mich befragen . . . wie mein Name und Art“ — mit folgenden Worten: „Nachdem Elsa dem Lohengrin drei Tage und drei Nächte vorgeweint hatte, fragte sie ihn, welchen Geschlechtes er sei.“

(Schluß folgt.)

nur für die erwachsenen Arbeiter, sondern auch für Frauen und Kinder abgelehnt. Der Bourgeois verlernt die rücksichtslose und kurzfristige Wahrung seiner Interessen ebensowenig in der Republik wie in der Monarchie.

**Belgien.**  
Der nächste internationale Sozialistenkongress wird nach einer Bekanntmachung des Generalkrats der belgischen Arbeiterpartei am 18. August d. J. in Brüssel zusammengetreten und sind zu den Verhandlungen acht Tage in Aussicht genommen.

**England.**  
Aus der englischen Gesellschaft. Aus London wird berichtet: Die Londoner Gerichte dürfte demnächst wieder ein Skandalprozess beschäftigen, in welchem die handelnden Personen den „oberen Zehntausend“ angehören. Sir William Gordon Cumming, ein Baron und Oberstlieutenant in der schottischen Garde, einem der drei Elite-Regimenter der britischen Armee, hat eine Verleumdungsklage gegen 5 Personen, darunter Frau Wilson, die Gemahlin des bekannten australischen Millionärs, angestrengt, weil sie ihn des betrügerischen Kartenspiels beschuldigt haben. Der peinliche Vorfall ereignete sich im Salon der Frau Wilson, und der Prinz von Wales soll, wie es heißt Zeuge desselben gewesen sein, weshalb ihm wahrscheinlich eine Rolle in den Gerichtsverhandlungen angewiesen werden dürfte. Oberstlieutenant Cumming ist inzwischen auf Halblohn gestellt worden.

Nach einer anderen Meldung heißt es: Im vorigen Herbst, zur Zeit der Doncaster-Wettrennen, versammelte sich in Trauby Croft bei Frau Arthur Wilson eine hochfeine Gesellschaft, darunter der Prinz von Wales, General Owen Williams und Lord Coventry; es wurde Baccarat gespielt und dabei entspann sich der Verdacht, daß der Baronet und Garde-Generallieutenant Sir William Gordon Cumming im Kartenspiel betrogen habe. Natürlich setzte man, dem Prinzen zu Liebe, Himmel und Erde in Bewegung, um die Geschichte zu vertuschen; aber vergebens. Und jetzt hat denn der Generallieutenant gegen eine Anzahl von Mitgliedern aus jenem hochfeinen Kränzchen eine Verleumdungsklage angestrengt, bei welcher sich jene Mitglieder durch die Prozessdokumente George Lewis und Sir Charles Russell verteidigen lassen.

Die „World“ veröffentlicht neuerdings weitere Mitteilungen über den in der höheren englischen Gesellschaft so viel Aufsehen erregenden „Baccarat-Skandal“, dessen Hauptfigur der Gardeoberstlieutenant Sir William Gordon-Cumming ist. Dieser Offizier, welcher betrügerischer Handlungen beschuldigt worden ist — er pflegte verstoßener Weise seinen Einsatz zu vergrößern, wenn eine für ihn günstige Karte gezogen wurde und den Einsatz zu verringern, wenn eine ungünstige Karte aufgedeckt wurde — beschwor den Prinzen von Wales, ihn zu retten, aber der Prinz unterbrach ihn wiederholt mit den Worten: „Es sind fünf Zeugen gegen Sie vorhanden!“ Schließlich sagte er: „Es tut mir leid, aber es nützt nichts; die Beweise sind überwältigend, es sind fünf Zeugen gegen Sie vorhanden!“ Später ließ sich auf dringendes Zureden des Oberjägermeisters Lord Coventry und des Generals Owen Williams der unglückliche Offizier herbei, folgende schriftliche Erklärung zu unterzeichnen: „Unter der Bedingung, daß gewisse Umstände, die sich im Laufe der vorigen Woche in Tranby Croft (der Besitzung des Herrn Arthur Wilson bei Doncaster) ereignet haben, geheim gehalten werden, verpflichte ich mich, so lange ich lebe, keine Karte mehr anzuziehen.“ Durch Unterzeichnung dieses Schriftstückes hat Sir William Gordon Cumming gewisse Maßnahmen selber den Stab über sich gebrochen; gleichwohl ist er jetzt erkrankt, die peinliche Angelegenheiten vor Gericht zum Austrage zu bringen, und dies wird, wie man glaubt, zu erheblichen Enthüllungen über die Spielkunst in den höheren englischen Gesellschaftskreisen führen.

**Dänemark.**  
Den Arbeitern will man hier dadurch helfen, daß ihnen Gartenland zugeteilt wird, um sie vom Zug nach den Städten abzuhalten und sie gegen die sozialistische Propaganda hieb- und schieb- zu machen. Auch eine Alters- und Invalidenversicherung wird geplant, die freilich von den verschiedenen Parteien verschieden angefaßt wird. Die Demokraten und die drei Sozialisten im Folketing traten zuerst mit einer solchen Vorlage auf, welcher zufolge jeder bedürftige Staatsangehörige vom 62. Lebensjahre ab in den Genuß einer Staatsrente treten soll, ohne hierfür irgend ein Opfer zu bringen. Zunächst scheinen die Aussichten für das Zustandekommen eines solchen Gesetzes sehr schlecht.

**Amerika.**  
Eine elektrische Postlinie ist in der Nähe von Boston angelegt und seit einiger Zeit in Betrieb. Diese neue Beförderungslinie ist in Form eines Drahtes in der Länge von zwei englischen Meilen angelegt. Auf einem starken Holzgerüst sind in regelmäßigen

Zwischenräumen von sechs Fuß mit Kupferdraht umwundene Eisenhüllen „Solenoid“ genannt, gelagert, durch deren Fuß und Decke Eisenstangen führen. Parallel mit dem unteren Schienenstrang läuft ein Leitungsdraht, der mit dem oberen Schienenstrang durch Arme in Berührung kommt. Mit dem Dynamo ist einerseits der untere Schienenstrang, andererseits der Leitungsdraht verbunden. Die eisernen Wagen, welche die Poststücke aufnehmen sollen, haben die Form von Torpedos und bei einer Länge von elf Fuß einen Durchmesser, der das Passieren der Solenoid ermöglicht. Ein Dynamo von zwanzig Pferdekräften liefert den Strom, welcher geschlossen ist, sobald der Wagen mit seinen Spitzen in den Eisenhüllen eindringt, und selbsttätig unterbrochen wird, sobald er die Mitte eines Solenoids erreicht hat. Die durch den Strom hervorgerufene magnetische Anziehungskraft der Eisenhüllen und die im Wagen sich ansammelnde Kraft bewirkt die Vormwärtsbewegung im Wagen, die mit der Schnelligkeit von Express-Eisenbahnzügen erfolgt. Die Beförderungslinie kann in beliebiger Länge angelegt werden, und die Wagen können in beliebiger Anzahl und in beliebigen Zwischenräumen abgehen, so daß auch die Bewältigung des größten Verkehrs in kürzester Zeit möglich sein soll.

## Parlamentsbericht.

### Deutscher Reichstag.

72. Sitzung.

Eingegangen sind ein Gesetzentwurf, betreffend das Telegraphenwesen des Deutschen Reichs und der Bericht des Reichskommissars für das Auswanderungswesen pro 1890. Die zweite Beratung des Arbeiterlohn-Gesetzes wird fortgesetzt mit §§ 115—119, welche die Bestimmungen über die Lohnzahlung umfassen.

Nach den Kommissionsbeschlüssen soll im § 115 Absatz 1 vorgeschrieben werden:

Die Gewerbetreibenden sind verpflichtet, die Löhne ihrer Arbeiter in Reichsmünzung zu berechnen und baar auszusahlen.

Abt. 2 besagt, daß sie den Arbeitern keine Waaren kreditieren dürfen. Unter diese Bestimmung soll aber nicht fallen die Verabfolgung von Lebensmitteln zum Anschaffungspreise an die Arbeiter, auch können den Arbeitern Wohnung, Feuerung, Beleuchtung, Landnutzung, regelmäßige Beschäftigung, Arzneien, ärztliche Hilfe, Werkzeuge und Material für die Arbeiten unter Anrechnung der Lohnzahlung verabfolgt werden, soweit die dafür angerechneten Beiträge die durchschnittlichen Selbstkosten beziehungsweise landesüblichen Miet- und Pachtpreise nicht übersteigen.

In Absatz 3 wird vorgeschrieben, daß die Auszahlung der Löhne ohne Genehmigung der unteren Verwaltungsbehörde nicht in Gaß- und Schankwirtschaften oder Verkaufsstellen erfolgen darf.

Hierzu liegen vier Abänderungsanträge und eine später im Laufe der Verhandlung vom Abg. Dr. Firsich eingebrachte Resolution (s. u.) vor:

1. Die Abgeordneten Auer und Genossen (Soz.) wollen in Absatz 2 auch das Verbot des Verkaufes von Waaren an die Arbeiter ausgenommen wissen; ferner beantragen sie das Wort „durchschnittliche“ zu streichen, und endlich wollen sie in Absatz 3 noch bestimmen, daß der Lohnzahlungstag weder ein Sonnabend, noch ein Sonntag oder Festtag sein soll, daß den Arbeitern, wenn die Lohnzahlung nicht wöchentlich stattfindet, eine ihren Leistungen entsprechende Abschlagszahlung zu gewähren sei, daß die Lohnabrechnung spätestens alle 14 Tage bzw. nach Fertigstellung der Akkordarbeiten erfolgen soll.
2. und 3. Die Abgg. Gutfleisch, Hartmann, Leloch, Müller und v. Stumm wollen den Absatz 3 der Kommissionsvorlage auf „Lohn- oder Abschlagszahlungen“ beziehen; dieselben Antragsteller wollen den zweiten Absatz redaktionell ändern und ihm folgenden Satz zufügen:

„Zu einem höheren Preise ist die Verabfolgung von Werkzeugen und Stoffen für Akkordarbeiter zulässig, wenn derselbe den ortsüblichen nicht übersteigt und im Voraus vereinbart ist.“

4. Abg. Wegner (Rechtsp., 3.) beantragt, in § 115 Abs. 2 neben dem Verbot des Kreditirens auch noch vorzuschreiben, daß die Arbeiter weder direkt noch indirekt angestrichen werden dürfen, Waaren aus gewissen Verkaufsstellen, insbesondere aus von den Arbeitgebern oder deren Angestellten gehaltenen Waaren-einkaufs- oder Konsumvereinen zu entnehmen; den Zusatz Gutfleisch zu Absatz 2 beantragt er zu streichen.

Referent Abg. Firsich: In der Kommission hat der Antrag Auer nicht, wol aber ein in der Fassung des Antrages Wegner sich bewegender Vorschlag, welcher die Lohnzahlungstermine gesetzlich fixieren will; sie hat es aber mit Rücksicht auf die in einzelnen Gegenden Deutschlands herrschenden besondern Gebräuchen für besser gehalten, die Lohnzahlungstermine gesetzlich ortstatutarischer Bestimmung vorzubehalten.

Abg. Grillenberger (Soz.): § 115 der Gewerbeordnung ist nicht mit dem Verbot des Kreditirens beschäftigt, er beschäftigt sich aber mit dem wöchentlichen Verbot durchaus nicht. Schon in der Mitte der sechziger Jahre hat man eine Abmilderung des Verbots eingeführt, dasselbe soll auch jetzt durch die Kommissionsbeschlüsse erfolgen, während der Antrag Gutfleisch eine weitläufige Verschärfung derselben bedeutet. Unter Antrag bezweckt nicht, wie man vielleicht glauben möchte, das Verbot des Verkaufes von Lebensmitteln durch die Arbeitgeber, sondern er will die Umgehung des Kreditverbots verhindern; jetzt drängt

man den Arbeitern Waaren förmlich auf, deren Bezahlung am Lohnzahlungstermin dann in Abrechnung gebracht wird. In Niederösterreich z. B. ist das eine sehr häufig geübte Praxis, und trotzdem dieselbe in der Presse und in Versammlungen häufig verurteilt wurde, erklärt die Behörde, dagegen nicht einschreiten zu können. Es mag ja schwierig sein, die Bestimmungen des § 115 ganz scharf zu fassen, hauptsächlich wird es aber die Aufgabe der Aufsichtsbeamten sein, ihn zur Durchführung zu bringen, denn sonst finden die Arbeitgeber immer eine Lücke zum Durchschlüpfen. Von den zahlreich mir bekannt gewordenen Fällen solcher Art kommen die meisten im Königreich Sachsen vor, trotzdem daß dort die Fabrikaufsicht musterhaft sein soll; das beweist, daß auch dort, geschweige denn in Ländern mit weniger gut gesicherten Fabrikinspektoren, die Fabrikaufsicht einbettelnder und besser organisiert werden muß. Der Antrag Gutfleisch, der den Arbeitgeber gestatten will, Rohstoffe auch teurer als zum Selbstkostenpreis, zum ortsüblichen Verkaufspreis den Arbeitern nach vorgängiger Verabredung zu verkaufen, ist für uns einfach unannehmbar. Dem jetzt schon hier vielfach vorkommenden Unfug der Arbeitgeber sollte man ein Ende machen, ihr nicht aber noch, wie es der Antrag Gutfleisch will, verewigen und gesetzlich sanktionieren. Die „vorgängige Verabredung“ besteht darin, daß man den Arbeitern sagt: So ist es bei mir Usus, wünschst Du das nicht, so bekommst Du keine Arbeit, so daß ihnen von vornherein, so zu sagen, die Wiskole des Hungers auf die Brust gesetzt wird; der „ortsübliche Preis“ wird von den Arbeitgebern durch Verabredungen einfach festgesetzt; dabei kann man doch nicht mehr von einem Arbeitersfuß sprechen! Ich bitte Sie, wenn Sie schon unsere Anträge nicht annehmen, doch wenigstens diesen Antrag Gutfleisch abzulehnen. Der Antrag Wegner ist bei dem Vorhandensein der vielen Kammerberechtigt. Aus dem reichen Material einer Enquete, das uns vorliegt, will ich nur einzelne besonders hervorretende Tatsachen mitteilen. Selbstverständlich muß auf isoliert gelegenen Werken, Ziegeleien mit Wasserkraft betriebenen Establishments u. s. w. den unverschämten und den Saisonarbeitern, die ihre Familien in weiter Ferne haben und nur für die Arbeitsjahre herkommen Gelegenheit geboten werden, sich ihre Lebensbedürfnisse zu beschaffen; am liebsten wäre mir, den Verkauf der Lebensmittel durch die Unternehmer ganz zu verbieten und nur eine regelmäßige Verköstigung, wie sie in früherer Zeit der Geselle am Tisch des Meisters hatte, einzuführen; ich beantrage das nicht, weil die Stimmung des Hauses doch nicht dahin geht, aber was soll man zu folgenden Fällen sagen? In zwei Ziegeleien bei Mittenwalde, in der von Koch bei Küg., u. Walde, in einer bei Lindow, in der Eisengießerei Warnwitz in Dresden, in zwei Ziegeleien in Werber a. S., der Name des Eigentümers der einen ist nicht genannt, die andere ist die Gießerei — überall sind die Leute gezwungen, ihren Bedarf aus den Kantinen zu beziehen, die Bezahlung erfolgt durch Marken, deren Wert bei der Lohnzahlung in Abrechnung gebracht wird, die Waaren werden zu höheren, als den Einkaufspreisen verkauft, die Wirtschaften stehen nirgends unter der Kontrolle der Arbeiter, die Ueberhüffe fliegen den Kantineneinhabern zu, die noch als Aufseher in der Fabrik beschäftigt sind und in einzelnen Fällen für den Kantinenbetrieb Pacht zahlen; die Arbeiter, welche am meisten verzehren, erhalten die beste Arbeit. Ferner wird — Vizepräsident Graf Balkeström erucht den Redner, die Mitteilungen aus der Enquete auf einen, höchstens zwei Fälle zu beschränken. — In einer Ziegerei in Augsburg fließt der Erlös der Kantinenwirtschaft sogar in die Hände des Arbeitgebers, und die kaiserliche Werft bei Kiel beweist, daß nicht nur private Unternehmer solche Praktiken ausführen, denn in Kiel ist auch so eine Kantine, deren Nebeneinkünfte in die Hände des Unternehmers geht. An anderen Orten ist es den Leuten verboten, auch am Sonntage in die nächsten Ortlichkeiten zu gehen und sich ihre Lebensbedürfnisse zu verschaffen. Solche Zustände machen es erforderlich, in den § 115 recht scharfe Bestimmungen hinzuzufügen, aber ihn nicht noch zu mildern. Wir beantragen weiter, daß der Zahlungstag nicht am Sonnabend, Sonntag oder einem Festtage, sondern einem anderen Wochentage statipunden soll, weil die Kontrolle darüber, ob die Leute ihre Bedürfnisse für den erhaltenen Lohn in den Kantinen sich beschaffen, an einem solchen Tage eben schwer durchzuführen ist. Die Auszahlung des Lohnes in Gastwirtschaften müssen Sie schon verbieten, weil sie die Bällerei unter den Arbeitern begünstigt, die zwar nicht so arg ist wie Sie annehmen, der Sie aber, wenn Sie sie als vorhanden annehmen, doch entgegenzutreten müssen. Ebenso wie bei den Ziegeleien ist es auch häufig bei Maurern, wo die Politer entweder eine Depiille haben, oder die Baumeister, die auf Spezulation bauen, in einem ihrer neuen Häuser oder in der Nähe eine solche einrichten lassen, in welcher die Lohnzahlung erfolgt und die Leute verführt werden, ihr Geld zu lassen. Wenn wir verlangen, daß die Lohnzahlung mindestens alle 14 Tage erfolgt, und daß jede Woche Voraus gezahlt wird, so geschieht das, weil bei größeren Zahlungsperioden der Arbeiter mit Mühe sich am Schlechtesten stellt. Er ist auf das Pumpsystem angewiesen und dabei wird er überverteilt, es werden ihm höhere Preise angerechnet. Es wird ihm auch mehr angeschrieben, als er wirklich gefaßt hat. Herr v. Stumm sagte zwar in der Kommission, in größeren Betrieben sei eine so häufige Lohnzahlung nicht durchführbar, aber gerade in großen Werken kann es auf die Anstellung von ein paar Schreibhülften, die dabei nötig werden, nicht ankommen; ist die einmalige Schwierigkeit der Neugestaltung überwunden, so ist die Sache späterhin ganz einfach, wie wir ja auch jetzt schon Fabriken mit vielen Arbeitern, z. B. in Nürnberg eine mit 300 Arbeitern, haben, wo vierzehntägige Lohnzahlung mit wöchentlichem Abschlagszahlung eingeführt ist. Es handelt sich hier um eine rein praktische Maßregel, deren Wichtigkeit Sie g prüfen und nicht bloß deshalb, weil sie von den Sozialdemokraten vorgeschlagen wird, kurzer Hand ablehnen sollten.

Abg. Firsich hat inzwischen folgende Resolution beantragt: Den Reichskanzler zu ersuchen, behufs Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse unter den Arbeitern dahin zu wirken, daß in den Betrieben des Reichs, der einzelnen Bundesstaaten, der Kommunalverbände und der kommunen Abschlagszahlungen auf den verdienten Lohn wöchentlich, die Abrechnung desselben, soweit es möglich ist, vierzehntägig erfolge.

Abg. Gutfleisch (Dfr.) empfiehlt den Kompromiß-Antrag.

Abg. Wegner (Zentrum) ist erfreut, einmal voll und ganz mit den Sozialdemokraten einverstanden zu sein. Den

Antrag auf Streichung des neuen Satzes zu Absatz 2 nach dem Antrage Gutlichky ziehe ich zurück.

Abg. Hartmann (H.) spricht ebenfalls gegen den zu weitgehenden Antrag Auer und den einem bringenden Bedürfnis nicht entsprechenden Antrag Mehner, der übrigens durch die weiteren Bestimmungen der §§ 117 und 118 überflüssig gemacht werde.

Abg. Singer: Ich kann die von Herrn Mehner erwähnten Fälle über das Treiben der sogenannten Konsumvereine ergänzen. Im Rastowitzer Kohlenbezirk sind, wie mir mitgeteilt wird, die Bergarbeiter gezwungen, bei den unter der Verwaltung der Bergwerke stehenden Läden (80 an der Zahl) zu kaufen. Es wird ihnen dort bis zu 70 pCt. ihres Lohnes geborgt und sie müssen die Waaren 10 pCt. teurer bezahlen als anderwärts.

Abg. Singer: Ich kann die von Herrn Mehner erwähnten Fälle über das Treiben der sogenannten Konsumvereine ergänzen. Im Rastowitzer Kohlenbezirk sind, wie mir mitgeteilt wird, die Bergarbeiter gezwungen, bei den unter der Verwaltung der Bergwerke stehenden Läden (80 an der Zahl) zu kaufen. Es wird ihnen dort bis zu 70 pCt. ihres Lohnes geborgt und sie müssen die Waaren 10 pCt. teurer bezahlen als anderwärts.

Abg. Singer: Ich kann die von Herrn Mehner erwähnten Fälle über das Treiben der sogenannten Konsumvereine ergänzen. Im Rastowitzer Kohlenbezirk sind, wie mir mitgeteilt wird, die Bergarbeiter gezwungen, bei den unter der Verwaltung der Bergwerke stehenden Läden (80 an der Zahl) zu kaufen. Es wird ihnen dort bis zu 70 pCt. ihres Lohnes geborgt und sie müssen die Waaren 10 pCt. teurer bezahlen als anderwärts.

Abg. Singer: Ich kann die von Herrn Mehner erwähnten Fälle über das Treiben der sogenannten Konsumvereine ergänzen. Im Rastowitzer Kohlenbezirk sind, wie mir mitgeteilt wird, die Bergarbeiter gezwungen, bei den unter der Verwaltung der Bergwerke stehenden Läden (80 an der Zahl) zu kaufen. Es wird ihnen dort bis zu 70 pCt. ihres Lohnes geborgt und sie müssen die Waaren 10 pCt. teurer bezahlen als anderwärts.

Abg. Singer: Ich kann die von Herrn Mehner erwähnten Fälle über das Treiben der sogenannten Konsumvereine ergänzen. Im Rastowitzer Kohlenbezirk sind, wie mir mitgeteilt wird, die Bergarbeiter gezwungen, bei den unter der Verwaltung der Bergwerke stehenden Läden (80 an der Zahl) zu kaufen. Es wird ihnen dort bis zu 70 pCt. ihres Lohnes geborgt und sie müssen die Waaren 10 pCt. teurer bezahlen als anderwärts.

Abg. Singer: Ich kann die von Herrn Mehner erwähnten Fälle über das Treiben der sogenannten Konsumvereine ergänzen. Im Rastowitzer Kohlenbezirk sind, wie mir mitgeteilt wird, die Bergarbeiter gezwungen, bei den unter der Verwaltung der Bergwerke stehenden Läden (80 an der Zahl) zu kaufen. Es wird ihnen dort bis zu 70 pCt. ihres Lohnes geborgt und sie müssen die Waaren 10 pCt. teurer bezahlen als anderwärts.

verhält, die Rechte der Arbeiter auszudehnen. Das zeigt sich auch schon bei dem Antrage des Fünf-Männerkollegiums, der eine Verabfolgung von Werkzeugen und Stoffen zu einem höheren, den ortsüblichen Satz nicht übersteigenden Preise zu lassen will.

Abg. v. Stumm: Heute dürfen alle Gegenstände, welche in dem § 115 ausdrücklich genannt sind, zu jedem beliebigen Preise an die Arbeiter verkauft werden. In dieser Beziehung schaffen wir eine ganz außerordentliche Erleichterung für die Arbeiter.

Abg. Mehner zieht nach den Ausführungen des Abgeordneten Schädler für heute seinen Antrag zurück.

Unter Ablehnung der Anträge Auer wird § 115 mit dem Antrag Gutlichky angenommen.

### Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 25. Februar 1891.

## Die Generalversammlung des Breslauer Konsumvereins.

Ein unerhörtes Ereignis förderte die auf gestern einberufene Generalversammlung des Breslauer Konsumvereins zu Tage. Schon am Nachmittag durchschwirrten allerlei Nachrichten die Stadt, daß die von sehr berechtigter Opposition angefochtenen Vereinsverwaltung beschloßen habe, durch vorzeitige Besetzung des 2-4000 Personen fassenden großen Saales des Konzerthauses mit ihren Getreuen, Vereinsbeamten und Freunden aller Art, die Opposition an jeder Beeinflussung der Generalversammlungsbeschlüsse zu verhindern.

Die Absperrung, welche die Rechte der großen Mehrheit der über 91 000 Konsumvereinsmitglieder auf das schärfste verletzte, bevorzugte die Polizei. Ganze Rudel von Schugleuten, kommandirt von mehreren Kommissarien, hielten den Eingang besetzt und nachdem sich tausende von Menschen angesammelt hatten, welche in sehr bescheidener und berechtigter Weise Einlaß begehrten, sah sich die Polizei sogar dazu veranlaßt, ohne sonderliche Vorbereitung die Straße zu säubern.

Die Absperrung war eine so schroffe, daß wir selbst, trotzdem wir bereit waren, uns als Bericht-erstatte zu legitimiren, von der Polizei auf das rücksichtsloseste abgewiesen wurden. Es gelang uns in Folge dessen auch nur, nicht eher als um 11 Uhr und auch dann nur durch Hintertüren in den Saal einzudringen. Zu unserer großen Befriedigung nahmen wir sofort wahr, daß der widerrechtliche Versuch, die Masse der Konsummitglieder zu Gunsten weniger Bevorzugter zu vergewaltigen, in einer sehr zweifelhaften Weise gelangen war.

lung, die sich im Kampfe um die Millionen des Vereins Vermögens jeder Mühsucht und Scheu entäußerte, fertig gebracht, Leute in die Revisionskommission wählen zu lassen, die ihre Interessen bereits vertreten oder dafür zu gewinnen waren. An dem Antrage, daß die Lagerhalter und sonstigen Beamten des Vereins nicht mehr mitzustimmen haben sollten, ging die ganze Versammlung in die Brüche.

Das Koch'sche Heilmittel. In dem Erlaß, den der Kultusminister den „Beil Politischen Nachrichten“ zu Folge den Oberpräsidenten der Provinzen über den Vertrieb und die Führung des Koch'schen Heilmittels gegen Tuberkulose in den Apotheken hat zugeben lassen, wird bestimmt, daß das Tuberkulinum Kochii, abgesehen von dem Großhandel, nur in Apotheken abgegeben werden darf.

Sehr billig! Und noch dazu für einen Arbeiter, der von der Tuberkulose befallen, keine Mittel zur Linderung seines Uebels sich anschaffen kann, da ein ganzer Wochenbetrag die Höhe des betreffenden Preises erreicht. Statt daß die Einnahme, welche die Schwindsucht im gewissen Grade doch lindert zum Gemeinut der von der Krankheit Betroffene gemacht wird wieder diese Bevorzugung der besiegten Klasse! Wie zeigt sich hier der Staat seinen Angehörigen gegenüber?

Heilanstalt für Krankenkassen-Mitglieder. Wie bereits früher berichtet worden, beabsichtigt die hiesige Ortskrankenkasse für Fabrikarbeiter im Vereine mit einigen anderen Kassen ein Heilinstitut zu gründen, in welchem im ausschließlichen Interesse erkrankter Kassenmitglieder Wasserkur, elektrische Behandlung und Massage geübt werden soll.

Vorschußverein. Mit dem Jahre 1890 hat der Vorschußverein zu Breslau, eingetr. Genossenschaft mit beschränkter Haftung, sein 31. Geschäftsjahr zurückgelegt. Der Geschäftsbericht für 1890 weist zunächst darauf hin, daß das wichtigste Ereignis im Jahre 1890 für den Verein die Umwandlung desselben in eine Genossenschaft mit beschränkter Haftung gewesen sei.

Durch die Annahme der beschränkten Haftung...

bei der jedes Mitglied zur mit seinem Geschäftsgebühren und der auf 500 Mk. festgesetzten Haftsumme haftet und darüber hinaus niemals in Anspruch genommen werden kann, sind die Bedenken beseitigt, welche Viele von dem Beitritt zum Verein abhielten. Am Schlusse des Jahres 1890 zählte der Verein 2420 Mitglieder mit einer Haftsumme von 1 210 000 Mk. Vorschüsse standen am 1. Januar 1890 aus 8 023 654 Mk., neue Vorschüsse wurden im Laufe des Jahres gewährt 12 334 469 Mk., Rückzahlungen wurden geleistet in Höhe von 12 547 116 Mk. Ende 1890 standen noch aus 2 811 007 Mk. und zwar im Voranschuß-Wechsel-Verkehr 742 154,01 Mk., im Diskonto-Wechsel-Verkehr 531 773,90 Mk., im Conto-Corrent-Verkehr 696 065,85 Mk. und im Lombard-Verkehr 841 013,80 Mk. Hypotheken besitzt der Verein im Gesamtwert von 82 600 Mk., an Effekten 20 000 Mk. Auf Conto dubioso verblieben mit Beginn dieses Jahres noch 8300 Mk. Das Mitgliedsbeitrag haben betrug am Schlusse des Geschäftsjahres 648 287 Mk. (gegen das Vorjahr mehr 18 299 Mk.). Der Reservefonds I hat die Höhe von 118 357 Mk., der Reservefonds II die Höhe 28 876 Mk. erreicht. Die Spareinlagen bezifferten sich am Schlusse des Geschäftsjahres auf 2 125 078 Mk. Der Bruttogewinn beträgt 109 312 Mk. Nach Abzug der Gehälter, Mieten, Abschreibungen etc. mit zusammen 50 758 Mk. verbleibt ein Reingewinn von 58 558 Mk. (gegen das Vorjahr mehr 17 145 Mk., über dessen Verteilung die Generalversammlung entscheiden wird. In Vorschlag gebracht ist eine Dividende von 7 Prozent.

**Breslauer Straßenbahn.** Dem Geschäftsbericht für 1890 entnehmen wir Folgendes: Die Durchschnittszahl der beschäftigten Personen betrug 321 gegen 316 in 1889. Zu den am Jahresbeginn vorhandenen 300 Stück Pferden wurden 47 Stück neu angekauft, abgingen 8 durch Tod, 37 durch Verkauf, so daß Ende des Jahres ein Bestand von 302 Stück verblieb. An Fourage wurden verabreicht 992 254 Kilogramm Hafer, 477 224 Kilogramm Heu, 434 700 Kilogramm Stroh und 61 800 Kilogramm Traber im Gesamtwerte von 218 007 Mark gegen 199 825 Mark in 1889. Die Kosten einer in 9 Kilogramm Hafer, 4 Kilogramm Heu und 4 Kilogramm Stroh bestehenden Tagesration für das gesunde Pferd, beliefen sich auf 1,89 Mark (im Vorjahre auf 1,73 Mark). Befördert wurden im Ganzen (incl. Abonnenten und Inhaber von Freifahrtskarten) 7 676 173 Personen gegen 7 529 911 im Vorjahre und hierfür vereinnahmt 853 635 (1889: 836 883) Mark. Die Einnahme für Abonnements betrug 71 738 (67 212) Mark, für Reclameanzeigen und Extrawagen 1529 (1273) Mark. Die Gesamteinnahme stellt sich mit 926 902 Mark um 21 534 Mark höher als in 1889. Die Ausgaben für Gehalte, Löhne, Tantiemen sind mit 303 508 Mark um 9128 Mark gestiegen. Was die Verrechnung des erzielten Reingewinnes per 182 204 Mark excl. des Vortragtes aus 1889 per 1128 Mark anlangt, so kommen vorab 5 Prozent von 1 700 000 Mark mit 85 000 Mark der Gesellschaft zu. Von dem verbleibenden 97 204 Mark gebühren ein Drittel mit 32 401 Mark der Stadtgemeinde und zwei Drittel mit 64 803 Mark der Gesellschaft. 7268 Mark wurden an Tantieme dem Aufsichtsrate überwiesen, während der Gewinnrest per 130 827 Mark zur Verfügung der Generalversammlung steht und die Verteilung einer 6½ procentigen Dividende gestattet.

**Breslauer Umgehungsbahn.** Die Vorbereitungen für die Breslauer Umgehungsbahn nebst Rangirbah haben bisher dahin geführt, daß der Grunderwerb in der Hauptsache gesichert ist. Nur in sehr vereinzelt und dabei weniger wichtigen Fällen muß das Enteignungsverfahren eingeschlagen werden. Es ist sehr begründete Aussicht vorhanden, daß die Bahnlinie im Süden von Kleinburg diejenige Lage erhalten wird, welche die Voraussetzung für die Anlegung des Breslauer Südwarks bildet. Sobald die Witterung die Aufnahme der Bautätigkeit gestattet wird, soll mit dem Bau zunächst des Rangirbahnhofes Brodau begonnen werden. Für die Ausführung dieses Bahnhofsbaues wie des Baues der Umgehungsbahn selbst ist eine etwa vierjährige Bauzeit in Aussicht genommen.

Zum Genuß von Hundfleisch hat die arme schlesische Bevölkerung gegriffen. Wir glauben nicht, daß dies aus besonderer Liebhaberei geschehen ist, sondern daß die bittere Not und die der armen Bevölkerung unerträglich hohen Preise der Lebensmittel, eine Folge der agrarischen Krise, hierzu geführt hat. Die Tatsache selbst läßt sich die „Köln. Ztg.“ aus Canth, Schießen, melden, woher ihr geschrieben wird: „Die Kinder eines Arbeiters in Schwitz, ein Mädchen von 14 und ein Knabe von 12 Jahren, erkrankten in Folge Genußes von Hundfleisch an der Tollwut. Bei drei

anderen Personen, die von demselben Fleische gegessen haben, sind bis jetzt Anzeichen der Tollwut nicht bemerkt worden.“ — Zu dem Glend kommt in diesem Falle also noch das Unglück, daß den armen Leuten ein kranker Hund zum Schlachten überlassen war.

**Bautätigkeit im Jahre 1890.** Im vergangenen Jahre sind der Hochbau-Inspektion für Baupolizeisachen 1172 Bauprojekte (gegen 1252 im Jahre 1889) zur Verbeführung der baupolizeilichen Genehmigung vorgelegt worden. Unter denselben befanden sich: a. Neubauten: 1 Kirche, 206 Hinterwobnhäuser (gegen 279 im Jahre 1889), 37 Hinter- und Seitenwobnhäuser (58), 56 Stellungen und Waschlüchen (53), 144 Remisen und Schuppen (108), 34 Fabriken und Werkstätten (51), 40 Tanz- und Restaurationslokale, Kollonaden, Lauben (36), 4 Brennereien, Brauereien und Eiseller (3), 26 Komptoirbuden (20) und 24 Tore (307 bei Wohnhäusern (gegen 318 im Jahre 1889), 33 bei Stellungen und Remisen (24), 23 bei Schmiede- und Schlosser-Werkstätten (28), 11 bei Tischlereien und Böttchereien (17), 13 bei Bäckereien (19), 22 bei Fleischerieen und Würstfabriken (38), 68 bei Ladentüren und Schaufenstern (90), 31 bei Schaufasten und Laternen (22) und 82 diverse Ausführungen (69). Die im Berichtsjahre projektierten resp. im Bau begriffenen Wohnhäuser verteilten sich auf folgende Straßen: 12 Augustastr., 4 Breitestr., 3 Gr. Dreilindenstr., 6 Fürstenstr., 3 Gabiistr., 4 Gellhornstr., 3 Gertrudenstr., 3 Goethestr., 5 Gräbichenerstr., 4 Heinrichstr., 3 Höhenstr., 4 Kaiser Wilhelmstr., 3 Kleischkau, 6 Kreuzstr., 5 Kurzgasse, 5 Schmirgrabenstr., 3 Matthiasstr., 4 Nonnhauptstr., 6 Moritzstr., 5 Sadowastr., 3 Salzstr., 4 Tauenzstr., 4 N. Tauenzstr., 3 Theresenstr., 4 Waterloostr., 4 Reihenstr. Außerdem hat die betreffende Bauinspektion erledigt: die Revision von 498 statistischen Berechnungen mit 1681 Seiten (gegen 631 mit 2093 Seiten im Jahre 1889), 186 Materialprüfungen (288), 244 Rohbauabnahmen (320), 216 Treppenrevisionen (241), 1029 Bauabnahmen (916), 386 Revisionen, Begutachtungen und Untersuchungen (450), 96 Abschätzungen und Kostenberechnungen (130).

**Vorkehrungen für den Eisgang.** Zur Zeit sind Mannschaften damit beschäftigt, oberhalb Wilhelmshafen Löcher in das Eis zu schlagen, damit bei Eintritt des Eisganges sofort mit den Eisprengungen vorgegangen werden kann, was um so mehr erforderlich sein wird, als das Eis eine Stärke von 50 Centimeter hat. Der Eiswachtdienst an der Ober wird bis auf Weiteres nur von dem Personal des Wasserbauamtes versehen.

**Zum Beiladeverkehr auf der Ober.** Im Oberwasser werden z. B. am Schlunge circa 3000 Ctr. Mehl nach Berlin verladen. Im Unterwasser stoßen die Verladungen wegen des kleinen Wasserstandes; am Carohof wird Rohwader verladen. Die Dampfer, welche in der Ohlemündung liegen, werden mouirt, um beim Eintreten offenen Wassers ihre Fahrten sofort wieder aufzunehmen.

**Unglücksfälle.** Dem auf der Hubenstr. wohnenden Arbeiter Julius Hummer fiel beim Abladen von Balken einer derselben auf das linke Bein und fügte ihm einen Bruch desselben zu. — Der auf der Neuen Tauenzienstr. wohnhafte Arbeiter Eduard Wilde stürzte beim Kohlenabladen vom Wagen und erlitt bedeutende Verletzungen am Kopfe. — Der 20 Jahre alte Arbeiter Gustav Seelinger aus Stabelwitz, Kreis Breslau, lag aus Furcht vor seiner Stiefmutter 3 Tage auf dem Boden des Hauses und erfror sich beide Beine, welche abgenommen werden müssen. — Der Zimmermann Carl Schothe aus Schmoly kam beim Rollen von Säfern in der dortigen Zudaefabrik mit der linken Hand unter eines derselben und erlitt eine Zerquetschung des kleinen Fingers. Der Knecht Carl Janek aus Rathen, Kreis Neumarkt, schlug sich beim Dreschen aus Versehen auf den rechten Fuß und zog sich eine schwere Verletzung desselben zu. — Der Fuhrmann Fritz Enbler aus Reichenbach wurde von einem Pferde geschlagen und erlitt einige Wunden im Gesicht. — Alle diese Unglücksfälle fanden Aufnahme im hiesigen Krankeninstitut der Barmherzigen Brüder.

**Erbstörungsversuch.** Ein auf der Sedanstraße wohnender Schuhmacher versuchte sich am 22. d. M., Abends, das Leben zu nehmen, indem er sich vom Fensterrahmen der dritten Etage aus in den Hofraum stürzte. Er blieb zwar am Leben, erlitt aber einen Bruch des rechten Beines und des linken Armes und mußte in das Allerbilligen-Hospital übergeführt werden. **Einbruchsdiebstahl.** Am 23. d. M., Abends gegen 11 Uhr, brach ein Cigarrenarbeiter in die Speisekammer eines Restaurateurs auf der Neuen Sandstr. ein, wurde aber erwischt und verhaftet, als er

sich bereits eine Quantität Fleisch und Eier angeeignet hatte.

**Verhaftungen.** Ein junges Mädchen, das im Morgenau eine Kapuze gestohlen hatte, wurde, als sie dieselbe gerade auf dem Kopfe trug, von der Polizei in der Schweidnitzerstraße verfolgt und festgenommen. — Verhaftet wurden: ein Arbeiter, welcher eine Schraubenschneidkuppe, und ein anderer Arbeiter, der einen französischen Schraubenschlüssel zum Verkauf anbot, welche Gegenstände wahrscheinlich gestohlen sind; ferner ein Arbeiter, welcher 6 Mark unterschlagen und seinem Bruder verschiedene Kleidungsstücke entwendet hatte; endlich ein Kellner, welcher seinem Logisgenossen einen Ueberzieher, ein Jaquet und ein Beinkleid entwendet und auf der Stockgasse verkauft hatte. Der letztgenannte Verhaftete gab an, die Tat aus Noth vollführt zu haben.

**Polizeiliche Nachrichten.** Gefunden: eine Damen-spindeluhre, ein Portemonnaie, mehrere wissenschaftliche Bücher, ein Winterüberzieher, ein Zwanzigmarkstück. — Abhanden gekommen: einem Fleischergehilfen aus Ober-Stephansburg ein Krankenkassenbuch und verschiedene Papiere, einem Kaufmann auf der Agnesstraße eine goldene Uhrkette mit einem Zehmarkstück, einer Schneiderin auf der Mährenstraße ein Portemonnaie mit Inhalt. — Gestohlen: In der Nacht vom 21. zum 22. d. Mts. wurde in einer Remise, die im Hinterhause des Grundstücks Neumarkt 21 belegen ist, ein gewaltsamer Einbruch verübt, indem das Vorlagezschloß mittels Nachschlüssel geöffnet wurde. Eine zweite Tür, hinter welcher eine Händlerin Butter, Eier und dergl. aufbewahrt wurde, ohne das Schloß zu öffnen, von den Dieben herausgehoben; diese entwendeten für 16—18 Mark Butter und Eier. An dem Tatorte wurde ein neuer, kurzer Feuerhaken gefunden, welchen die Einbrecher vergessen haben. Wer eine zur Ermittlung der Täter dienende Angabe machen kann, melde sich im Zimmer Nr. 20 des Polizei-Präsidiums. — Aus der Wohnung einer Schmiedegehilfenfrau auf der Große Scheidnitzerstraße entwendeten Diebe eine Menge Goldsachen im Gesamtwerte von 88 Mark. In der Hauptsache waren es ein goldener Siegelring mit einem blauen Stein, eine Haarkette mit Goldbeschlag und ein goldener Ring, mit drei Steinen besetzt. — Am 22. d. Mts., Abends zwischen 9 und 10 Uhr, wurde einem Schlosser von der Pöjenerstraße in einem Tanzlokal auf der Bohrauerstraße ein blauer Winterüberzieher mit schwarzgestreiftem Futter gestohlen. In den Taschen befanden sich ein grauseidenes Tuch und ein Paar braune Glacehandschuhe. — Verhaftet: vom 23.—24. d. Mts. 45 Personen. — Festgenommen wurde eine schon vielbestrafte Arbeiterin, welche dringend verdächtig ist, ihrer Dienstherrschaft ein Deckbett und vier Kopfkissen gestohlen zu haben.

**Breslauer Marktpreise vom 24. Februar per 100 Kilogr.**

	gute		mittlere		geringe Waare	
	höchst niedr.	niedr.	höchst niedr.	niedr.	höchst niedr.	niedr.
Weizen, weißer . . .	19,70	19,50	19,10	18,60	18,10	17,60
Weizen, gelber . . .	19,60	19,40	19,10	18,60	18,10	17,60
Hafer . . . . .	17,50	17,20	17,00	16,80	16,30	15,90
Gerste . . . . .	16,20	15,90	14,60	14,10	13,50	12,90
Erbsen . . . . .	13,70	13,50	13,80	13,10	12,90	12,70
Süßbohnen . . . . .	16,80	16,30	15,80	15,30	14,90	14,50

Kartoffeln (Detailpreise) pro 2 Liter 0,08—0,09—0,10 Mk.  
Heu 2,20—2,50 Mk. pro 50 Kilogramm.  
Roggenstroh 22,00—24,00 Mk. pro 600 Kilogramm.

**Schlesien.**

**Schweidnitz, den 17. Februar.** Seit fand hier selbst vor der Strafkammer des Landgerichts eine Verhandlung resp. eine Verurteilung wegen § 166 Strafgesetzbuches (Beschimpfung der christlichen Kirche) statt, die wol wert ist, veröffentlicht zu werden. Im vorigen Jahr wurde zu Salzbrunn ein „Christl. Arbeiterverein“ gegründet, dem eine Menge denkender, junger und älterer Männer einen Volksbildungsverein entgegenzustellen gedachten. Sie beriefen dazu aus Hirschberg den Schriftsteller August Krühl, der als Freidenker in den weitesten Kreisen bekannt ist und auch ein Blatt herausgibt, welches die Naturheilkunde vertritt. Der Genannte kam dem Ruf gern nach, sprach am 24. August im schönen Saale zu Nieder-Salzbrunn in freier Rede über Vereine und Vereinsbildungen überhaupt und kritisierte in scharfer Weise namentlich das Gebahren des sog. „Jünglingsvereins“. Aus dieser Veranlassung war nun nach leicht zu ersiehenden Fäden eine Anklage erwachsen, in welcher dem Redner zur Last gelegt wurde, die christliche Kirche und deren Gebräuche „beschimpft“ zu haben. Er soll die Geistlichen „Paffen“ genannt haben (beiläufig gesagt liegt in dem allgemein jetzt gebräuchlichen Wort „Paffe“ nichts beschimpfendes, denn es wird täglich in allen Zeitungen so gebraucht), und er soll ferner gesagt haben,

in die Kirchen gingen nur noch alte Weiber und Kinder, keine Männer; die Religion sei nur dazu da, das Volk zu verdummen u. s. w. Beiläufig gesagt sind diese Worte in ähnlicher Weise gebraucht worden, aber in Ausführungszeichen. — Redner kritisierte nämlich die „freisinnige“ Partei und erwähnte, daß diese in früherer Zeit, etwa in den fünfziger Jahren, entschieden gegen das Pfaffenium Front gemacht habe, daß dies jetzt aber anders geworden sei, und daß die Partei ihren Frieden mit Kirche und Pfaffenium längst wieder geschlossen habe. Ein Ausspruch des Redners war namentlich in der Anklage hervorgehoben. Redner soll gesagt haben: „Sehen Sie mich einmal an, meine Herren, ich bin seit länger als 30 Jahr von der Kirche gefesselt getrennt, bin aber noch keine Stunde krank gewesen. Der „liebe Gott“ muß es doch mit mir nicht so schlecht meinen.“ Selbstverständlich war dies leicht hingeworfene Wort ein Scherzwort ohne tiefere Bedeutung. Aus diesem Material war die Anklage zusammengesetzt. Die Verhandlung selbst gestaltete sich selbst zu einer eigentümlichen. Die Belastungszeugen waren mehr zu Entlastungszeugen geworden und sie in der Verhandlung nichts direkt Gravirendes auszusagen mußten, wurden sie auf ihre erste Aussage vor dem Amtsvorsteher hingewiesen und darauf vereidigt. Nur insoweit fühlten sich dieselben bedrückt, als sie Mitglieder des evangel. Jünglingsvereins zu Salzbrunn waren und die Rede hätte sie „grärgert“; ob die christl. Kirche direkt „beschimpft“ sein sollte, mußten sie in der Verhandlung nicht genau angeben. Bei den Entlastungszeugen trat das politische Prinzip in den Vordergrund: dieselben wurden zumeist nach ihrem politischen Glaubensbekenntnis befragt, bei einigen derselben nach mehrmaligen Kreuz- und Querfragen. Auch ob dieselben „kirchlich-religiös“ wären, wurde mit Umsichtlichkeit zu erforschen gesucht. Der Angeklagte verteidigte sich selbst, wurde jedoch mehrmals in seiner Verteidigung unterbrochen, als „nicht zur Sache“ sprechend. Ihm war durch Abschneidung der Verteidigung nicht gestattet, eine Kritik der Aussage der einzelnen Zeugen anzunehmen, und mußte es hinnehmen, daß nach dem Antrag der Staatsanwaltschaft auf 6 Monate Gefängnis erkannt wurde. Eine Episode sei noch erwähnt: Der Angeklagte, schon im Jahre 1877 Redakteur der „Haberstädter Freien Presse“, ist s. Z. zu über ein Jahr Gefängnis verurteilt gewesen und dies wurde, obwohl 13 Jahre her, heut noch als gravirend angesehen. Offen wie immer gestand der Angeklagte, daß er gegenwärtig mit der sozialdemokratischen Parteilitung nichts zu tun habe, daß er von dieser nicht einmal als Sozialist anerkannt wurde; das hinderte den Staatsanwalt jedoch nicht, denselben als „feig“ sich hinter Ausflüchten versteckend, hinzustellen. Auch hierauf zu antworten, war dem Angeklagten nicht gestattet. Gegen dies Urteil ist sofort die Revision angemeldet. Eines Umstandes darf hierbei noch erwähnt werden. Es nützt ja nun einmal nichts, daß politische und ähnliche Angeklagte auf dieselbe Bank kommen, wo Epiguben, Räuber und Mörder hinzutreten haben. Gleichheit vor dem Gesetz — gewiß! aber den Angeklagten Krühl hat als Vertreter der Volkshygiene geradezu gekelt, auf der Anklagebank zu Schweidnitz Platz nehmen zu müssen. Auf der Einriedigung der Bank, die den Angeklagten bei längerem Stehen für die Hand als Stützpunkt zu dienen hat, befindet sich eine förmliche schwarze Kruste von Schmutz, zusammen getragen von wer weiß welchen Verbrechern und Glenden, die von Gesundheitspflege, von Menschenleben, von Menschenwohlsein und alledem keine Ahnung haben und möglicherweise bezüglich ihres Lebensganges niemals haben konnten. Vielleicht ist dem Angeklagten in Zukunft das Geschick günstiger, insoweit, daß er wenigstens auf einer reinlicheren Verbrecherbank Platz nehmen darf.

Nun meinte der Besitzer des „Deutschen Hauses“, daß der jedenfalls von ihm vollständig abhängige Schwiber nicht Pächter, sondern Kellner und mithin unsähig sei, eine rechtsgiltige Verpflichtung im dargelegten Sinne einzugehen. Pinowa, so benennt sich der Brave, erklärte ferner dem Genossen Fritz Kunert rund heraus, daß er die Benutzung des Saales zu dem vereinbarten Zwecke verweigere.

Des edlen Pinowa Rückgrat wurde nun noch in außerordentlicher und auch wol überflüssiger Weise durch ein inzwischen ergangenes hauptpolizeiliches Verbot gestützt. — Auch an einem Winke mit dem Laternenspahl, Konfessionsentziehung genannt, soll es angeblich nicht gefehlt haben. Das war doch hier kaum nötig! —

Aus alledem werden die Genossen sehen, daß bei dem Saalmieten zu Versammlungszwecken die peinlichste Sorgfalt walten muß, damit nicht durch gemeine Betrügerei oder unverschämten Schwindel Tausende von Arbeitern um Zeit und Geld gebracht und an der Nase herumgeführt werden.

Zur Lage der Handwerker im Kreise Landeshut schreibt das „Vbh. Stötbl.“: In allen Zeitungen wird über die Notlage der Weber im Culengebirge und der Kreise Waldenburg Neurode geschrieben und Sammlungen werden zur Vnderung der Not veranstaltet, obwohl in diesen Gegenden Arbeit aller Art reichlich vorhanden ist, z. B. durch den Bau der Eisenbahn Reichenbach Langenbielau u. den großen Bergbau in den Kreisen Waldenburg Neurode. Für die Weber des armen Gebirgskreises Landeshut, wo keine andere Industrie als Weberei existiert, hat sich noch keine Stimme erhoben. Gerade dieser Kreis, der die größte Anzahl Weber in Haus-Industrie aufweisen dürfte, müßte in besonderer Weise bedacht werden. Das rauhe Klima dieses Kreises, die schlechten Kommunikationsverhältnisse bedingen es, daß der größte Teil der Bewohner sich lediglich mit Handweberei beschäftigen muß. Bei der geringen Hilfe, die ihnen von jeher gebracht wurde, haben die Weber durch unermüdlichen Fleiß sich stets selbst zu helfen gesucht und ihr Brot, wenn auch sehr mühsam, doch redlich erarbeitet. Auch jetzt, da für unsere Kreise gesammelt wird, in welchen die Not entschieden nicht so groß ist, wie im Landeshuter Kreise, treten sie nicht mit Bitten um Gaben an die Öffentlichkeit. Nur das Eine verlangen die Weber und Fabrikanten dieses Kreises, welche selbst durch rastlosen Fleiß für Beschäftigung der Weber seither gesorgt haben, nämlich: „daß die Regierung durch Vergebung von Militärlieferungen diesen Kreis nicht übergehe.“ Nach einem Artikel in der „Nordb. Allg. Ztg.“ sollen in den sogenannten notleidenden Kreisen Ermittlungen angestellt werden und dorthin Lieferungen für Militär- und Marineverwaltungen vergeben werden, um Arbeit zu schaffen; es ist aber aufs Dringendste geboten, daß die flüchtige Weberbevölkerung des Landeshuter Kreises, die keine Unterstützung, aber Arbeit verlangt, nicht vergessen wird. Möge diese wahrheitsgetreue Darstellung an maßgebender Stelle die verdiente Berücksichtigung finden.“

### Standesamtliche Nachrichten.

Vom 21. Februar.

Todesfälle I. N. b. Robert Klatte, 36 J. — Bern Müller Marie Patschkowsky, geb. Böhm, 65 J. — II. Gertrud, I. des Schlossers Paul Rohule, 11 W. — Friede, I. des Tischlers Karl Tischler, 11 W. — Helene, I. des Kürschners Paul Kaminski, 7 J. — Schuhmachermeisterwitwe Johanna Hermann, geb. Verbiz, 79 J. — Apotheke Sigismund Soller, 60 J. S. Arbeiterfrau Emilie Weid, geb. Engelmann, 62 J. — Paul, S. des Maschinenpoker Josef Kopitela, 3 J. Vertha, I. des verstorbenen Schuhmachermeisters Franz Klatte, 3 W. — III. Fritz, S. des Fleischermeisters Wilhelm Ermer, 5 W. — Karl, S. des Maurers August Tischler, 2 J. — Helene, I. des Arbeiters Paul Pirnie, 2 J. — Marie, I. des Uhrmachers Konstantin Eyringer, 10 Wochen. — Schmiedefrau Anna Gräber, geb. Ullmann, 37 J. — Gertrud, I. des Güterbediensteten Gustav Knorr, 5 J. — Eich, S. des Wurstfabrikanten Max Kleinwächter, 17 Tage.

Vom 23. Februar.

Heirats-Ankündigungen I. Tischler Karl Rinne, koth, Ring 60, und Anna Steier, koth, Heinenstraße 24. — Choränger Adolf Adolf Kumm, koth, Kleine Groischenstraße Nr. 38/39, und Johanna Quimbach, geb. Köhler, evang., dalebst. — Schuhmacher David Stala, evang., Große Groischenstraße 9, und Elisabeth Richter, evang., Fiedlerstraße 33. — I. Kaufmann Guas Stephan, evang., Bobaneststraße 16a, und Auguste Winkler, evang., Lohestraße, Winklerhaus. — III. Handelsmann Paul Haupt, evang., Schnellhaus 9, und Ida Schönfelder, evang., Schubertstraße 19. — Volksschullehrer Otto Thiel, evang., Scheinigerstraße 25, und Elisabeth Fischer, evang., Gräbnerstraße 20. — Arbeiter Josef Schmalz, koth, Kleine Scheinigerstraße 23, und Selma Hartwig, koth, dalebst. — Schlosser Ernst Fiedler, evang., Redoutstraße 1, und Ernestine Neumann, evang., Mathiasstraße 20. — Restaurateur Hermann Scholz, evang., Kleine Scheinigerstraße 36, und Henriette Ebner, evang., dalebst. — Schmied Alois Wüller, koth, Dübenerstraße Nr. 14, und Martha Karler, koth, dalebst. — Maschinenheizer Paul Herder, koth, Mathiasstraße Nr. 44, und Johanna Gader, geb. Schwarz, evang., dalebst.

Ch. Stillelungen I. Sinnermann Julius Günther, evang., und Ida Marg, evang., hier. — Drechsler Hermann Zerwel,

ev., mit Karles Berger, evang., hier. — Kutsher Karl Reister, evang., mit Vertha Neugebauer, koth, hier. — II. Fritz Karl Kana, koth, mit Martha Galliers, koth, hier. — Schuhmacher Wilhelm Breuer, koth, mit Luise Jäsche, geb. Dedert, evang., hier. — Orchester-Mitglied Hermann Reinsitt, evang., mit Helene Hänel, evang., hier. — Barbier August Sieder, evang., mit Martha Henkel, koth, hier. — Buchhalter Fritz W. Blisch, evang., mit Elisabeth Schiedlausk, evang., hier. — II. Bahnarbeiter Heinrich Vogt, koth, mit Ida Schmidt, evang., hier. — Schuhmacher Ernst Stiller, evang., mit Pauline Küster, evang., hier.

Geburten I. Schmied Heinrich Berger, evang., S. — Arbeiter Szulynski, koth, S. — Arbeiter Karl Stoßper, evang., S. — Tischler Paul Kühn, evang., I. — Arbeiter Johann Alt, koth, S. — Arbeiter Josef Nikel, koth, I. — W. schneidemeister Ernst Buchwald, evang., S. — Fabrikarbeiter Albert Bamek, koth, I. — Handelsmann August Schneider, koth, S. — Schneidemeister Anton Napierkowski, koth, I. — Hausbälter Gottlieb Küster, evang., S. — Kaufmann Simon Singer, jüd., S. — Kaufmann Heinrich Büchler, jüd., I. — Werkmeister Karl Figan, evang., I. — II. V. d. weimer Johann Kaim, koth, S. — Hausbälter Reinhold Lausch, evang., I. — Lichtdruckmaschinenmeister Guas Lange, koth, I. — Reisender Barthold Schwarz, jüd., I. — Büschneider Oskar K. aus, koth, I. — Schuhmacher Heinrich Worbis, evang., S. — Maurer Karl Mosner, evang., S. — Gymnasial-Oberlehrer Professor Wilhelm Neumann, evang., S. — Stellmacher Wilhelm Kapfle, evang., S. — Stellmacher Reinhold Fleget, evang., I. — Seilmacher Paul Gänner, evang., I. — Schneidermeister August Scuppin, aisch, I. — Stellmacher Robert Moray, evang., S. — Tischler Rudolf Schwarz, evang., S. — Bildhauer Hermann Lachschke, evang., I. — Arbeiter Heinrich Schönig, evang., I. — Maurer Gottlieb Buchwald, evang., S. — Schlosser Paul Knorr, evang., S. — Kellner Ferdinand Thiel, evang., I. — III. Handelsmann Paul Dittner, koth, I. — Kutsher August Gotwald, koth, S. — Lithograph Ernst Hoffmeister, evang., S. — Arbeiter Wilhelm Schwarz, evang., I. — Kassenmacher Karl Hahn, koth, S. — Sattler Robert Wischen, evang., S. — Feiler Hermann Hartwich, evang., I. — Maler Oskar Porzag, koth, S. — Steinschneider Ernst Wachulsdorf, evang., S. — Böcker Otto Liche, koth, I. — Schuhmachermeister Friedrich Kutsch, evang., S. — Maurer Hermann Flege, koth, I. — Arbeiter August Sander, evang., I. — Arbeiter Johann Welsch, evang., I. — Tischler Karl Reich, evang., I. — Schuhmachermeister Franz Krause, evang., I. — Kaufmann Eugen Teuber, koth, I.

Todesfälle II. Pöhgärtner Karl Sattler, 52 J. — Brennermeister Wilhelm Karpe, 21 J. — Rüdolf, S. des Fabrikarbeiters Robert Srad, 1 J. — Adolf, S. des Schlossers August Stiller, 11 W. — Aurel, S. des Arbeiters Hermann Weich, 1 J. — E. Heide, I. des Kutshers Ernst Karbaule, 1 J. — Arbeiter Hermann Bachmann, 20 J. — Oskar, S. des Hilfsbreiters Oskar Drescher, 2 W. — Emma, I. des Brenners Johann Sack, 8 Wochen. — Höcker Eduard Wohnhaupt, 46 J. — III. Clara, I. des Schuhhebers Heinrich Stiel, 1 J. — Bruno, S. des Magistrats August Keil, 3 W. — Arthur, S. des Steinlegers Ernst Wachulsdorf, 1 Stunde. — Arthur, S. des verstorbenen Fäbrikerbesizers Oskar Daniel, 14 J. — Stallsmeisterwitwe Karoline Siffert, geb. Wöllt, 70 J. — Maurer Josef Wenzig, 68 J. — Maurerfrau Anna Hubner, geborene Herrmann, 71 J. — Kurt, S. des Hilfsweidenhellers Paul Knäsch, 16 J. — Uhrmacher Hermann Schütz, 40 J. Karl, S. des Arbeiters Wilhelm Bayer, 12 Wochen. — Arbeiterwitwe Anna Weisberg, geb. Wiggelt, 47 J. — Elisabeth, I. des Arbeiters Adolf Fromm, 10 Wochen. — Brückträgerwitwe Johanna Buchholz, geb. Wolf, 81 J. — Diebstahl Johann Baumhader, 65 J. — Richard, S. des Hilfsgerichtsdiener Gustav Schütz, 7 Wochen. — Marie, I. des Ofenbauers Simon David, 3 W.

Vom 21. Februar.

Heirats-Ankündigungen I. Tischler Paul Presche, koth, kurze Gasse 72, und Pauline Ernst, evang., Popelwitz. — Korpsdiener Hermann Hein, koth, Kleine Groischenstraße 23, und Marie Koch, evang., Radwitz. — Hausbälter Wilhelm Sternagel, evang., Kaharinenstraße 19, und Johanna Scholz, evang., Senghausgasse 4. — Arbeiter Paul Jäschke, evang., kurze Gasse 37, und Emma Helmelt, geb. Wöber, koth, dalebst. — Schiffsbauer Wilhelm Tomaszewski, koth, Dammstraße 6, und Martha Gite, koth, dalebst. — Laderegehilfe Gustav Wehner, evang., Hirschgasse 66b, und Auguste Heinrich, evang., Weißkerbengasse 45. — Musiker Hermann Hubner, evang., Oderstraße 12, und Karoline Nowak, koth, Fiedlerstraße 1. — Königl. Gymnasiallehrer Paul Zies, koth, Schrimm, und Alma Klemann, evang., Ankerwiegenstraße 7. — Schneider Franz Kustow, koth, Bischofsstraße 12, und Martha Klischer, evang., Hirschgasse 11. — III. Schuhmacher Gustav Kluge, evang., Juchowitz, und Maria Klose, evang., Hirschgasse 8. — Schlosser Emil Glom ed, koth, Othofstraße 7, und Emma Reburg, evang., dalebst. — Arbeiter Paul Zimmermann, evang., Wörtheisstraße 4, und Pauline Krauf, evang., dalebst.

Geschlichtungen I. Kutsher Wilhelm Schmengale, evang., mit Christiane Schunke, evang., hier. — II. Schiffer Max Hoffmann, evang., mit Thimane Küster, geb. Streub, evang., hier. — Schnuttschiffer Theodor Scholz, evang., Obhlau, mit Hedwig Hillmann, evang., hier. — Baumann Josef Scholl, koth, Gersdorff, mit Anna Patschke, evang., hier. — Volksschloffer Karl Göbel, koth, Kattibor, mit Otilie Bayer, evang., hier. — Bäcker Edmund Pawonics, koth, mit Martha Böhm, evang., hier. — III. Schlosser Max Poyda, evang., mit Vertha Winer, koth, hier.

### Briefkasten.

S. 300. Der Wächter hat zweifellos das Recht, eine sofortige Entschädigung in Geld zu beantragen. — D. D. Alles in guter Ordnung. Gruß! —

### Großen!

Vergesst nirgends des Preß-Fonds.

Zur Deutcher (D.-S.) Lokalverweigerung. Der in nachstehenden Schriftstücken Unterzeichnete gab sich vor Zeugn als Pächter des deutschen Hauses aus und ging nachstehende Verpflichtung ein:

Ich vermiete den Saal zu einer öffentlichen Versammlung und Besprechung den Herren Sosna, Cigler und Kosniski für den 22ten Februar 1891 im Falle wenn Sie mir die Genehmigung von der Polizei bringen werden und anders nicht.

Zeichnet

Nicolaus Schwider,  
Deutsches Haus.

Ueber empfangenes Angeld quittierte er, wie folgt:

Auf den 23. Februar 1891 Saal-Miete (in Höhe von 10 Mk.)

Nicolaus Schwider.

# Partei-Genossen!

## Verlangt in allen Gasthäusern und Restaurationen die „Schlesische Volkswacht“.

Donnerstag, den 26. Februar, Abends 8 Uhr im Gasthof zum weißen Birsch, Scheitnigerstr. 19

### Mitglieder-Versammlung

des Unterstützungsbereichs deutscher Tabak-Arbeiter in Bremen (Zahlstelle Breslau).

Tages-Ordnung.

1. Urabstimmung über die ausgeschlossenen Tabak-Arbeiter der Fabrik D. und Aug. Deet.
2. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Bevollmächtigte.

## A. E. Schmidt,

Schuhmachermeister

Breslau, Hummerlei 7

(Gasthof Laden von der Schweidnitzer-Straße) empfiehlt sein Atelier zur Anfertigung



### orthopädischer „rationeller“ Fußbekleidung.

Insbesonders für anormale Füße und verkürzte Beine event. nach Contur oder Gipsabdruck. Daher sein reichhaltiges Lager selbstgefertigter Normal-Fußbekleidung aus nur bestem Material zu den billigsten Preisen für Herren, Damen und Kinder.

Zur Saison empfehle: prachvolle Ballschuhe in jedem Sortiment von M. 3,50 an.

## Möbel-Tischlerei

und Lager selbstgefertigter Möbel in allen Holzarten. Hilgerechtes, Ausführung und soliden Preiser empfehlen

### C. Florian & E. Blase,

Tischlermeister.

Friedrich-Carlstrasse 13 u. Kupferschmiede-Strasse 11

## R. Glemnitz, Schuhmachermeister.

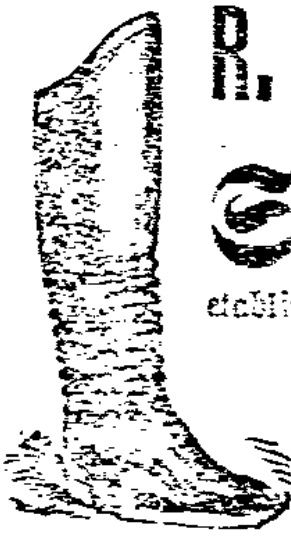
hat sich

### Schneidebrücke 47

etabliert und empfiehlt sein Lager selbstgefertigter

### Schuhe und Stiefeln

zu billigen Preisen. Reparaturen nach Maß, sowie Reparaturen in kurzer Zeit in eigener Werkstatt.



## Die Bestrebungen der Socialdemokratie

behandelt vom

Dr. Ernst Eugen Richters.

Eine Streitschrift von Kurt Fall.

1/2 Bogen stark.

Preis 25 Pf. Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt. Zu beziehen durch die Expedition dieses Blattes.

## Heinrich Heine's sämtliche Werke!

elegant gebunden Preis 6 Mark.

Zu beziehen durch die Expedition dieses Blattes.

## Gelegenheitskauf!



**Goldene Damen-Schlüssel Uhren,** 15 Mark an,  
**Goldene Damen-Remont-Uhren,** 24 Mark an,  
**Alte Silberne Schlüssel-Uhren** 6 Mark an,  
**Schlag-Regulator,** 18 Mark an,  
**Ork-Regulator,** 15 Mark,  
**Krist.-Wecker** 5 Mark.  
 Schrift- alle Arten

### Wand-Uhren

empfehle zu billigen Preisen unter 2jähriger Garantie. Großes Lager von Gold- und Silber-Sachen, Ringen, Medaillons, Garnituren, Ketten, goldene Trauringe von 6 Mark an u. s. w. Auch werden alte Uhren, Gold- und Silber-Sachen gekauft und selbige mit in Zahlung genommen. Wiederverkäufer hohen Rabatt.

### Josef Klein,

Kupferstr. 37 u. 18.

## Sumatra,

gute, weißbrennende Zedern, 1.80 Mark bis 5.00 Mark, staubfreien Grus, 50 Pf., 45 Pf., sowie sämtliche Rohstoffe, zu billigsten Preisen offerirt

### Johannes Kabis,

Grüßengasse 1.

## Was

streiten sich die Leute herum wo gute Stiefeln sind? Schon längst ja weiß das Publikum, wo man sie billig findet. Berühmt darin seit alter Zeit ist Winter's Lager weit und breit

Breslau, Große Kreuzgasse 74.

## Gustav Nowak

Friedrich-Wilhelm-Strasse 76  
 Edel-Parfüm, 2 Gulden, empfiehlt sein großes Lager in Parfüm, mit Cornet-Parfüm, Rosenöl, Mandelöl, Nussöl, für Herren, Frauen u. Kinder, Glycerin, Seifen, Parfüm, Herrenwäsche etc.

## Hochfeine

### Cigarren,

3 St. 10 Pf., 100 St. 3 Mk.

empfehlen

## Louis Schröter

Friedrichstr. 64,

vis-à-vis der Zimmerstr.

Ein gebrauchter, gut erhaltener

### Kinderwagen

wird zu kaufen gesucht. Näheres bei Burgund, Kupferstr. 26, Hof 3.

Sieben erschienen im Verlage der „Freien Presse“ in Elberfeld:

## Das untergehende Handwerk und seine Rettung.

Eine wissenschaftliche Studie von Paul Greifum.

3 Bogen stark. Preis 30 Pf. Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt. Bestellungen wolle man an die Expedition der „Freien Presse“ in Elberfeld ergehen lassen.

## Einband-Decken

## „Weltchöpfung und Weltuntergang“

Preis 30 Pfg.

zu haben in der Expedition d. Bl.

## Soziald. Lese- und Discutir-Club „Freiheit“.

Die regelmäßigen Mitglieder-Versammlungen finden jeden Mittwoch, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schuberz Striegauerplatz 11 (Gasthof zur Einigkeit) statt.

Der Vorstand.

NB. Gäste durch Mitglieder eingeführt haben Zutritt.

Durch die Expedition der „Schl. Volkswacht“ sind folgende Schriften zu beziehen:

- Moses oder Darwin? Allen Freunden der Wahrheit zum Nachdenken vorgelegt von Professor Döbel, Port.
- J. Stern, 3. Aufl. Thesen über den Sozialismus, sein Wesen, seine Durchführbarkeit und Zweckmäßigkeit. 30 Pf.
- W. Liebknecht's Wortschatz-Fremdwörterbuch. 6. Auflage. Preis, geb. 3 Mk. In 12 Heften à 20 Pf.
- Lichtstrahlen der Woche. Gedichtsammlung, ausgewählt v. Max Regels. Herausg. von Otto Emil Lau. In Prachtband, mit Goldschnitt, gebunden. Preis Mk. 3 50.
- Internationale Bibliothek. Abeling, Die Darwin'sche Theorie. Gebund. Mk. 2.00.
- Kautsky, Perry's Oekonomische Lehren. Gebund. Mk. 2.00.
- Köhler, Weltchöpfung und Weltuntergang. 2. Aufl. Gebd. Mk. 3.50.
- Die ländliche Arbeiterfrage. 2. Aufl. Gebund. Mk. 2.00.
- Kautsky, Thomas More. Geb. Mk. 2.50.
- Sebel, Charles Fourier. Geb. Mk. 2.50.
- Schippel, Das moderne Elend. Geb. Mk. 2.00.
- Blos, W., Die französische Revolution. Preis Mk. 4.00. Gebund. Mk. 5.50. Auch in 20 Heften zu beziehen à 20 Pf.
- Bommeli, R., Die Geschichte der Erde. Preis Mk. 4.40. Gebund. Mk. 5.90. Auch in 22 Heften zu beziehen à 20 Pf.
- Dr. B. Zimmermann's Großer Deutsch-Österreichischer Wörterbuch. Ausgabe. Erscheint in Heften à 20 Pf.
- Bommeli, Georg, Jesus von Nazareth. Ein Rückblick von 2000 auf 1887 von Edw. Bellamy. Preis 40 Pf.
- Sommel, G., Johannes Guss. 7. Aufl. Historische Studie. 25 Pf.
- Weltchöpfung und Weltuntergang auf Grund der Naturwissenschaften populär dargestellt v. Oswald Köhler. Das lebhafteste Gegenkommen, welches das von der Kritik durchaus günstig beurtheilte Buch gefunden hat, veranlaßt den Herrn Verfasser, den Text der zweiten Auflage wesentlich zu vermehren und dazu zu berücksichtigen, wo es nach dem heutigen Stande der Wissenschaft notwendig geworden ist. Ferner sind zum besseren Verständnis weitere Illustrationen eingefügt und endlich zwei Sternarten dem Werke beigegeben worden. Ohne Uebersetzung darf gesagt werden, daß die „Weltchöpfung“ etc. heute zu den besten populären Lehrbüchern über die Entwicklung von Himmel und Erde zählt, — in der Billigkeit des Preises dürfte es von keinem andern ersch. Werkte. Die „Weltchöpfung“ etc. ist eine notwendige Ergänzung von Bommeli's „Sichtpunkte der Erde“. Um vielfach geäußerten Wünschen nachzukommen, ist auch die „Weltchöpfung“ etc. in der allgemein beliebten Heftausgabe à 32 Seiten à 20 Pf. erschienen. Das ganze Werk wird in 15 Lieferungen komplet vorliegen. Probehefte liefert jeder Kolporteur. Der Arbeiterkampf und der Arbeiterstandtag von Karl Kautsky. Preis 30 Pf. Ein Rückblick von 2000 auf 1887 von Edw. Bellamy. Preis 40 Pf.

Über 506 Illustrationstafeln und Kartenbeilagen.  
 Verlag des Bibliograph. Instituts in Leipzig.  
**MEYER'S**  
**KONVERSATIONS-LEXIKON**  
 VIERTE AUFLAGE.  
 Das 1. Heft und den 1. Band liefert jede Buchhandlung zur Ansicht.  
 256 Hefte à 50 Pfennig. — 16 Halbfranzbände à 10 Mark.  
 3000 Abbildungen im Text.